

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnetten für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Sei wie ein Fels!

„Sei wie ein Fels, an dem sich beständig die Wellen brechen. Er steht fest und dämpft die Wut der um ihn brausenden Wogen.“
Marc Aurel.

Wo sind die Starken, die Felsenmänner, die sich von den Torheiten unserer Zeit nicht hin- und herzerren lassen, deren Rede im wechselnden Stimmengewirr der Tagesmeinungen ein „Ja, ja — nein, nein“ ist, deren Handeln nicht der Laune und Willkür entspringt, sondern einem auf vernünftige Gründe sich stützenden Willensentschluß?

Jeder weiß es, daß man diesen unerschütterlichen Charakteren nicht auf Schritt und Tritt begegnet, daß man sich schon glücklich preisen darf, wenn man unter seinen Bekannten einen einzigen antrifft, wenn an der Spitze der Arbeitsgemeinschaft oder der Vereinigung, der man angehört, ein ganzer Mann steht.

Sekunde um Sekunde brausen die Fluten am Felsen vorbei, umtosen seinen Untergrund; er aber steht fest, als ob ihm der Stempel der Ewigkeit aufgedrückt sei. — Die Wellen des Tagesflutendes, der entgegengesetzten Parteinteressen, der Liebe und des Hasses, des Guten und des Bösen drängen sich an jeden heran; die meisten neigen sich nach der Seite, wohin der stärkste Flußstrom sie treibt, wechselt er morgen, so ändern sie morgen entsprechend ihre Ansicht, ihre Stellung, ihr Wünschen und Tun. Nur der widersteht dem Anprall der Tageswellen, der sich mit der Ausföhrung erprobter, männlicher Grundzüge ein sicheres Lebensfundament geschaffen, der die Wünsche seines selbstfüchtigen Ichs niedergewungen hat, der das Ziel seines Lebens jenseits der Welt der Vergänglichkeit in einer Welt der ewigen Wahrheit, Gerechtigkeit und Güte sieht und dieses Ziel unentwegt im Auge behält.

Zehntausende haben schlammige Sandmassen zu Felsen erhärtet, sodaß sie nun dem stärksten Wellenspiele trotzen. Jeder, der einmal ernstlich beginnt, gebiegene Willensentschlüsse in die Tat umzusetzen, und sein inneres Auge über sein niederes Ich und über die wankelmütige Menge hinaus zu einem unwergänglichen Ziele erhebt, kann zum Felsen werden, „an dem sich beständig die Wellen brechen“.

Zum Ende des Leihstreiks der Bergleute im Ruhrrevier.

Es kam wie es kommen mußte. Der von den sozialdemokratischen Führern leichtfertig und frivol heraufbeschworene Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier endete mit einer glatten Niederlage. Die Revierkonferenz des „Dreibundes“ sagte am 19. März in Bochum den Beschluß, den Streik abzubrechen. Bedingungslos sollen die Knappen an die alten Arbeitsplätze zurückkehren. Der Gewerkschaftler und Arbeiterfreund kann sich einer gewissen Erbitterung nicht erwehren, wenn er nunmehr das Kampffeld überblickt; denn bedauerlich groß ist die Zahl derer, die hier dem sozialdemokratischen Hege- und Agitationsbedürfnis zum Opfer fielen. Wie so oft schon, so zeigt es sich auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß Demagogie und Feigheit Zwillingsgeschwister sind. Just dieselben „Führer“, die soeben durch eine gegen alle gewerkschaftlichen Regeln verstoßende Bewegung die Sache der Bergarbeiter in der schändlichsten Weise verraten haben, suchen jetzt die Schuld ihres Verbrechens auf andere Leute zu schieben. Die ganze rote und der roten blutsverwandte Presse kehrt ihre Wut jetzt gegen den Gewerkschaftlichen christlichen Bergarbeiter, der sich aus wohlwolligen Gründen der Verurteilung nicht an diesem künstlich gemachten sozialdemokratisch-politischen Streik beteiligte.

Damit nun unsere Kollegen in der Lage sind, die Schwindbeiden der Genossen über die Vorgänge im Ruhrrevier auf ihren wahren Wert zurückzuführen, wollen wir uns im Nachstehenden kurz mit den Gründen und Hauptphasen dieses Kampfes befassen.

Die Lohnfrage

stand bei der diesmaligen Bewegung im Ruhrbergbau im Vordergrund. Die Lage war also eine wesentlich andere, wie beim Ruhrbergarbeiterstreik im Jahre 1905. Die damalige Bewegung trug den Charakter eines Abwehrkampfes. Direkte Verschlechterungen, wie die Versuche zur Verlängerung der Seifahrt und damit der Schichtdauer, die Mißstände im Knappschafstwesen und die rigorose Handhabung des Wagenmüllens, waren die Ursachen einer Erbitterung, die zu jenem Kampfe im Jahre 1905 führten, wo die gesamte öffentliche Meinung auf die Seite der Bergleute trat. Die Lohnfrage trat damals vollständig in den Hintergrund.

Die Löhne sind im Bergbau seit 1907 gesunken. Damals betrug der durchschnittliche Jahresverdienst für einen Hauer 1871 M. oder 5,98 M. pro Schicht. Er sank dann bis 1909 auf 1556 M. oder 5,33 M. pro Schicht. Für die Gesamtbelegschaft betrug der Jahresdurchschnittsverdienst in 1907 1562 M. oder 4,87 M. pro Schicht; im Jahre 1909 1350 M. oder 4,49 M. pro Schicht. Das Jahr 1910 brachte dann wieder eine beachtliche Steigerung gegen 1909.

Die zweite Hälfte des Jahres 1911 brachte dann für den Bergbau eine Besserung der Konjunktur. Eine außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftlichen christlichen Bergarbeiter besaßte sich am 8. Oktober mit der Lage und gab dem Wunsche der Bergleute nach einer Lohnhöhung Ausdruck. Am 12. Oktober tagte dann eine gemeinsame Sitzung der vier Bergarbeiterorganisationen, die ebenfalls eine Lohnhöhung für notwendig und möglich erklärte, von einer Bewegung jedoch Abstand nahm mit Rücksicht auf die Marktkonjunktur, die Bewegung unter den englischen Bergleuten und die bevorstehende Reichstagswahl.

Die zweite Hälfte des Jahres 1911 brachte dann für den Bergbau eine Besserung der Konjunktur.

Besserung der Konjunktur.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftlichen christlichen Bergarbeiter besaßte sich am 8. Oktober mit der Lage und gab dem Wunsche der Bergleute nach einer Lohnhöhung Ausdruck. Am 12. Oktober tagte dann eine gemeinsame Sitzung der vier Bergarbeiterorganisationen, die ebenfalls eine Lohnhöhung für notwendig und möglich erklärte, von einer Bewegung jedoch Abstand nahm mit Rücksicht auf die Marktkonjunktur, die Bewegung unter den englischen Bergleuten und die bevorstehende Reichstagswahl.

Inzwischen stiegen die Löhne langsam weiter. Im vierten Quartal 1911 stieg der Durchschnittslohn der Hauer auf 5,63 M., der der Gesamtbelegschaft auf 4,75 M. Weiter kam jetzt die Erneuerung des Kohlenyndikats mit Einschluß des bedeutendsten Außenleiters, des preussischen Fiskus zustande. Ebenso wurde eine Erhöhung der Richtpreise mit Wirkung vom 1. April d. J. beschlossen. Eine günstigere Gestaltung des Kohlenmarktes und eine entsprechende Rückwirkung auf die Löhne war damit gegeben. Am 2. und 3. Februar d. J. wurde dann auch von einigen der Zechenbesitzer nachstehenden Blättern mitgeteilt, daß weitere Lohn erhöhungen für die Bergarbeiter bevorstünden. Tatsächlich traten denn auch bereits auf einigen Zechen Lohn erhöhungen ein, andere kündigten ihren Arbeitern solche an.

Die roten „Taktler“ wollten den Kampf!

Das zeigte sich schon auf der Konferenz am 5. Februar, an welcher Vertreter der vier Bergarbeiterverbände teilnahmen. Der christliche Gewerkschaftler vertrat den Standpunkt, zunächst den Erfolg der neuerlichen Lohnaufbesserungsankündigungen der Unternehmer abzuwarten. Der „Dreibund“ unter sozialdemokratischer Regie hingegen „taktierte“ anders; in seiner Tagung am 6. Februar beschloß er eine Eingabe an den Bergbauischen Verein und den Zechenverband zu richten, die auffallend zahm gehalten war. Der Zechenverband antwortete, daß er in der Lohnfrage nicht zuständig sei und verwies auf die seit 1910 eingetretene allgemeine Lohnsteigerung und darauf, daß eine weitere Lohnsteigerung infolge der Erhöhung der Kohlenpreise teilweise bereits erfolgt, teilweise unmittelbar bevorstehe.

Den praktischen Erfolg dieser Eingabe wartete der „Dreibund“ nicht ab. Am 22. Februar morgens lief beim Zechenverband eine vom 19. Februar datierte Eingabe des „Dreibundes“ ein, wodurch die Grundlage der Lohnbewegung vollständig verschoben wurde. Diese Eingabe enthielt 10 genau präzierte Forderungen, darunter die einer Lohnhöhung um 15 Prozent. Auch der Ton der Eingabe war ein wesentlich schärferer.

Was war nun die Ursache dieser Schwentung?

Diese Frage läßt sich kurz dahin beantworten: Das Interesse der politischen Sozialdemokratie brauchte einen Konflikt. — Die sozialdemokratischen Führer Sachsse und Witt nahmen am 21. und 22. Februar an einer internationalen Konferenz in London teil. Die verschärften Forderungen wurden während dieser Tagung erst an den Zechenverband abgelehnt. Ohne Zweifel wurden also in London Vereinbarungen getroffen, die die politische Schwentung des sozialdemokratischen Verbandes bestimmten. Unter allen Umständen mußte der Kampf vom Zaun gebrochen werden, so war es beschlossen im Räte der sozialdemokratischen Führer. Und da der Kampf sich mit den Lohnforderungen nicht mehr rechtfertigen ließ, da die Unternehmer Entgegenkommen zeigten, so wurden die Forderungen eben verschärft.

Die Frage läßt sich kurz dahin beantworten: Das Interesse der politischen Sozialdemokratie brauchte einen Konflikt. — Die sozialdemokratischen Führer Sachsse und Witt nahmen am 21. und 22. Februar an einer internationalen Konferenz in London teil. Die verschärften Forderungen wurden während dieser Tagung erst an den Zechenverband abgelehnt. Ohne Zweifel wurden also in London Vereinbarungen getroffen, die die politische Schwentung des sozialdemokratischen Verbandes bestimmten. Unter allen Umständen mußte der Kampf vom Zaun gebrochen werden, so war es beschlossen im Räte der sozialdemokratischen Führer. Und da der Kampf sich mit den Lohnforderungen nicht mehr rechtfertigen ließ, da die Unternehmer Entgegenkommen zeigten, so wurden die Forderungen eben verschärft.

erweitert, und eine Antwort gar nicht einmal mehr abgewartet. Am 9. März begann man schon mit dem Versand der Flugblätter, die den Streikbeschuß der erst am 10. tagenden Revierkonferenz den Massen verkünden sollten. Die Delegierten des „Dreibundes“ hatten also so zu beschließen, wie Hue, Sachsse und Genossen kommandierten.

Die treibenden Kräfte des Kampfes

waren eben politischer Natur. Im bedeutendsten Industrie-Revier Deutschlands, in Rheinland-Westfalen, ist die Sozialdemokratie machtlos. Zwei ihrer wichtigsten Mandate, Duisburg und Bochum, hat sie hier bei den letzten Reichstagswahlen verloren. Bei einer besseren Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien wäre sie überhaupt aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet vertrieben worden. Auch der sozialdemokratische Bergarbeiterverband verlor in den letzten Jahren trotz der wilden Hege der roten Presse des Ruhrreviers, trotz seiner fleißigen Agitation, 20 000 Mitglieder. Die Ursache ihres Mißerfolges erblickt die Sozialdemokratie in der starken christlichen Gewerkschaftsbewegung. Auf die Zertrümmerung des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter hat sie es schon seit Anfang seines Bestehens abgesehen. Sein Mittel war ihr zu schmutzig und erbärmlich, um ihm das „schmerzstillende Halsband“ anzulegen.

Dazu kommt noch ein weiteres Moment: die anarchisierenden Elemente sind den roten „Führern“ über den Kopf gewachsen. Das politische Massenstreikproblem spukt in diesen Köpfen — die Frucht der „Erziehung“ durch die rote „Bergarbeiterzeitung.“ Gibt es doch kein Gewerkschaftsblatt, welches eine radikalere und rohere Sprache führt, wie gerade dieses. Den „Führern“ hält es schwer, diese zu Rufschen drängenden Elemente bei der Stange zu halten. Ganze Gruppen, zumal im Dortmund Revier haben sich schon vom sozialdemokratischen Verbände losgesagt. Durch einen politischen Massenstreik, durch einen internationalen Sympathiestreik zugunsten der Engländer, hoffte man diese Elemente zu verführen. Das sind in Kürze einige der Hauptursachen, weshalb die roten „Führer“ die Interessen der Bergarbeiter in der freivoltesten Weise verraten haben!

Dieser Kampf war ausichtslos von Anfang an!

Schon die Organisationsverhältnisse waren so, daß ein gewissenhafter Gewerkschaftsführer von einem Angriffsstreik hätte absehen müssen. Von den 360 000 in Frage kommenden Arbeitern waren im höchsten Falle in sämtlichen vier Verbänden 120 000, also ein Drittel, organisiert. Auf die zwei Drittel der Unorganisierten war kein Verlaß, zumal es an Geldmitteln fehlte, diese Elemente die bekanntlich die bescheidensten nicht sind nur für kurze Zeit zu befriedigen. Selbst wenn die Mehrzahl der Unorganisierten die Arbeit niedergelegt hätte, die nötigen Mittel für die Streikunterstützung waren nicht da. Sämtliche vier Verbände besaßen zusammen etwa 5 Millionen Mark Vermögen. Bei 300 000 Streikenden und nur 10 M. wöchentlich Unterstützung hätte das nicht einmal für 14 Tage gereicht — und 300 000 Menschen auch nur 14 Tage durch Sammelgelder unterhalten wollen, ist einfach Unsinn. Ein Vergleich mit 1905 ist hier vollständig hinfällig, da es sich damals um eine Abwehrbewegung handelte, die von der gesamten öffentlichen Meinung getragen war. Stadtverwaltungen und hochstehende Personen weltlichen und geistlichen Standes haben damals Tausende für die Bergleute gespendet. Daran war diesmal nicht im entferntesten zu denken.

Die „Führer“ hatten weiter die Sympathie der Öffentlichkeit für die Bewegung schon dadurch versichert, daß sie den Streik proklamierten, ohne erst abzuwarten, ob die Zechenbesitzer ihr gegebenes Versprechen auf Lohnhöhung einlösen würden. Bevor die Wege zu einer friedlichen Verständigung erschöpft waren in den Streik zu treten, war auch schon im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands eine unverantwortliche Gewissenlosigkeit. Die Kohle ist das tägliche Brot unserer Industrie, unseres gesamten Verkehrs. Zudem war gerade jetzt, während des englischen Streiks für unsere Industrie der Augenblick gekommen, wo sie sich auf dem Weltmarkte gegenüber der verschärften englischen Konkurrenz wieder Luft und Licht verschaffen konnte und mußte. Die Ausnutzung dieser Sachlage lag nur im Interesse auch der gesamten deutschen Arbeiterschaft, nicht zuletzt auch der Bergleute, weil gerade England der einzige Konkurrent auf dem deutschen Kohlenmarkte war.

Durch das zeitliche Zusammenfallen des Streiks mit dem englischen wurde weiter die Bewegung im Ruhrrevier erst recht ausichtslos für die Arbeiter. Die Bergarbeiter konnten es jetzt ruhig so lange aushalten, bis die Arbeiter nun selbst wieder kommen: nichts drängte sie zu

einem Entgegenkommen, da die englische Konkurrenz aus-

Es ist somit Tatsache, die sozialdemokratischen Führer

Das Loben und Mäßen der roten Presse

kann die christliche Arbeiterschaft nicht daran hindern, je-

Den Gipfel der Erbärmlichkeit erklimmen die roten

Diese Dinge konnten und mußten die sozialdemokrati-

Berrn an den Interessen der gesamten Arbeiterschaft!

Denn die bedauerlichen Begleiterscheinungen sind Wasser

Die gesamte öffentliche Meinung

Stand auf ihrer Seite. Das kam so recht auch gelegentlich

An unsere christlichen Gewerkschaftler ergeht ange-

Bezirkskonferenz in Köln.

Den Reigen der diesjährigen Bezirkskonferenzen eröffnete

Der Geschäftsbericht des Bezirksleiters lag in Form einer

Die Mitgliederzahl stieg im Jahre 1911 um 3335, in

Inbezug auf die Beitragsfrage konnte der Bezirks-

Als Schattenseiten der Entwicklung bezeichnete Kollege

Die Diskussion zum Jahresbericht war recht ergiebig und

Die Resolutionen lauten:

1) Die Konferenz des 2. Bezirks erblüht in der nach-

2) Die Konferenz des 2. Bezirks legt denjenigen Verwal-

Ueber die Ergebnisse dieser Tätigkeit ist der nächst-

3) In Anbetracht der großen und umfangreichen Kämpfe

Als dann hielt Kollege Jillettens-Mülheim einen Vor-

In einem markanten Schlüsselwort kennzeichnete dann der

Aus der chemischen Industrie.

Vor 50 Jahren noch sehr unbedeutend, steht die deutsche

Kaum eine andere Industrie hat denn auch eine solch'

Auch die Kartell- und Syndikatsbildung ist in wenig an-

Das Wort „plötzlich“ ist nun ein sehr dehnbarer Begriff,

Kurz noch einige Bemerkungen zur Lohnfrage. Laut Sta-

Wie ist es nun zu erklären, daß trotz dem gewaltigen

Wie ist es nun zu erklären, daß trotz dem gewaltigen

Aus dem Verbandsbezirk Südwestdeutschland.

Nachdem jetzt die politischen Wirren und Kämpfe, die gerade

Daher waren Lohnkämpfe und Streiks im verflochtenen Maße in vermehrtem Umfang zu beobachten. Was aber die Hauptsache ist: kein Kampf blieb ohne Erfolg. Da, wo die Kollegen Manns genug waren, selbst tatkräftig mitzuarbeiten, war stets ein Fortschritt zu erzielen. Lohnbewegungen waren zu verzeichnen in Schw.-Gmünd, Malen, Freiburg i. B., Tuttlingen, Wasseralfingen, Schussenried, Stuttgart, Lörrach, Stetten usw. Nur zwei Bewegungen konnten nicht ganz erledigt werden. Es wurden erzielt für 815 Mitglieder eine Lohnerhöhung von zusammen 54116,60 M. pro Jahr oder pro Kopf 66,40 M. 175 Mitglieder erzielten eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 17560 Stunden oder pro Kopf rund 100 Stunden pro Jahr. Der stärkere Einfluss des Verbandes zeigte sich vor allem darin, daß es gelang, die meisten Bewegungen friedlich, ohne Streik zu beendigen.

Besonders Tragweite für die längere Sicherung des Arbeitsverhältnisses ist es auch, daß die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse weitere Fortschritte zu verzeichnen hatte. Allein in Freiburg i. B. wurden drei Tarifverträge und eine Vereinbarung abgeschlossen. Nicht zu bezweifeln ist, was wir verhinderten an Lohnabzügen und sonstigen drohenden Verschlechterungen. Der Aufschwung des Wirtschaftslebens hält erfreulicherweise an und bereits sind wieder eine Anzahl von Lohnbewegungen im Gange. In Ulm stehen die Kollegen im Streik, in Neudorf und anderswärts stehen unsere Kollegen in Bewegungen. Kampf und Bewegungen allerwärts! wird es bald heißen. In vielen Orten wird es möglich sein, wenn die Kollegen selbst ernsthaft wollen, schöne Erfolge herauszuholen. Einige Bewegungen sind auch bereits in diesem Jahre mit gutem Erfolg für die Kollegen beendet.

Sollte das nicht der Gesamtmitgliedschaft des Bezirks Veranlassung geben, nun tatkräftig in die Verarbeitung einzutreten! Denn darüber müssen sich alle Kollegen klar sein: Ohne diese Sammlungsarbeit und innere Stärkung wird es uns nicht möglich sein, Kämpfe und Bewegungen siegreich zu führen. Aufpassen müssen sich darum alle. Mit Geist und Energie muß jeder einzelne seine Verpflichtungen als Arbeiter und Gewerkschaftler erfüllen. Solidarität ist gefühllos, Korpsgeist muß in die Massen hinein. Es genügt einem aufrechten Arbeiter nicht, die Hände in den Schoß zu legen und bloß zu lamentieren. Das ist Kinderarbeit. Selbst müssen wir Hand anlegen. Wie können wir uns über die mangelnde Mitarbeit anderer Stände beklagen, wenn wir selbst nichts tun für die Hebung unseres Standes. Der Grundsatz muß angefaßt werden: ohne ein entschiedenes Eingreifen der Arbeiter selbst, ist eine dauernde Hebung des Arbeiterstandes nicht möglich. Der Arbeiter, der keine Opfer bringen will für die Hebung seiner Lage, seiner Familie und seines Standes, der ist auch keiner Hebung wert.

Ungeachtet der verflochtenen großen Wirtschaftskämpfe ist die in manchen Gruppen des Bezirks leider noch anzutreffende mangelnde Opferwilligkeit sehr zu beklagen. Bedauerlich ist insbesondere, daß auch größere Gruppen, die in den letzten Jahren die Wirksamkeit einer starken Organisation in Gestalt besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse selbst gespürt haben, in dieser Hinsicht viel zu wünschen übrig lassen. Die Genossen zahlen an denselben Orten einen um 10 bis 15 Pfg. höheren Wochenbeitrag. Gerade deshalb ist auch das Streben älterer Kollegen gegen eine vermehrte Opferwilligkeit nicht zu verstehen. Da bedarf die gewerkschaftliche Schulung entschieden einer Vertiefung. Der geschulte und durchgebildete Gewerkschaftler weiß, daß ohne starke Masse die Organisation auf die Dauer nicht leistungsfähig ist. Der echte Gewerkschaftler sieht deshalb den Vorzug einer Organisation nicht in niederen, sondern in hohen Beiträgen. Das letzte Jahr, wo unsere Hauptkasse an Streik- und Erwerbslosenunterstützung allein gegenüber dem Jahre 1910 eine gewaltige Mehrausgabe zu verzeichnen hatte, sollte uns dies genügend beweisen. Wir in der Metallindustrie werden in der Zukunft noch die größten Kämpfe auszufechten haben. Sollte uns da die Opferwilligkeit schmer werden? Für wen geben wir denn unsere Beiträge? Wir geben sie doch für uns, für unsern Verband, den wir Mitglieder alle zusammen bilden. Nicht einer fremden Persönlichkeit! Die Gelder werden ja immer wieder verwendet für uns selbst. Wenn der Verband innerlich stark und kräftig dasteht, dann sind wir, die Verbandsmitglieder es, die den Vorteil davon genießen. Unser Einfluß wird ein größerer und wir können stolz auftreten, weil wir wissen, daß wir in unserem christlichen Metallarbeiterverband einen starken Rückhalt haben. Darum heißt es auch hier: weg mit dem falschen Egoismus — stark sein muß unser Verband!

Mein Schwungkraft und Begeisterung muß in unsere ganze Verarbeitung hineinkommen. Fort mit allen Kleinlichkeiten, die einem höchstens das Leben veräuern. Das Große erkannt — den Feind gebannt! In manchen Gruppen ist es so: Vor lauter Rücksicht auf die eine oder andere Person, aus Angst der Gegner könnte etwas Krach machen, getraut man sich nicht energig die Werbetrommel zu rühren. Manchmal ist dabei kaum ein Wackerbüchse Sozialdemokrat am Platze, die vielfach ihre wahre Bedeutungsfähigkeit damit verdecken, daß sie bei geeigneter und ungeeigneter Gelegenheiten auf alles schimpfen, zudem aber auch vielfach ihre Arbeiterkollektarität dahin zum Ausdruck bringen, daß sie — nicht organisiert sind. Aufgeräumt mit diesen Hyphenbrechern! Wenn in den sozialdemokratischen Hochburgen unsere Kollegen voran kommen, muß es anderwärts um so leichter sein. Vor allem muß mehr Arbeit verrichtet werden. Nicht nur in den Versammlungen und Sitzungen an sich gegenseitig einen „flammenden Appell“ zur Agitation richten und nachher hochbefriedigt ob des guten Verlaufes der Versammlung nach Hause gehen und — nichts weiter tun. Es heißt auch, das von Zentrale und Bezirksleitung Beschlossene und Angeregte in die Tat umzusetzen. Weniger die berühmten „besonderen örtlichen“ Verhältnisse vorzuschützen, sondern bestehende Hindernisse überwinden. Vielfach sind die „besonderen örtlichen“ Verhältnisse ein billiger Entschuldigungsgrund zum süßen Nichtstun. Dann steckt in einigen Gegenden, besonders auf dem Schwarzwalde, innerhalb des Groses der Arbeiterkraft so eine Art von stummer Verzweiflung, eine Art Pessimismus. Da ist zu wenig Selbstvertrauen in die eigene Kraft, zu wenig Opfermut, zu viel Egoismus. Solange hier nicht ein Umchwung eintritt, wird es nicht möglich sein, eine durchgreifende Aenderung zum Besseren der gewiß drückenden Verhältnisse vorzunehmen. In der organisierten Arbeiterkraft liegt es, durch unablässige Werbe- und Aufklärungsarbeit diesen Umchwung alsbald herbeizuführen.

Darum muß das Versammlungs- und Bildungs-wesen mehr gepflegt werden. Es macht in den Versammlungen der einzelnen Ortsgruppen oft einen betrieblenden Eindruck, wenn kaum 20 Prozent der Mitglieder anwesend sind. Das

ist nicht begeisternd für den Referenten, nicht für den Vorstand und auch nicht für die Sache. Wo das Versammlungs-wesen schlecht ist, da ist auch kein Geist in der Kolonne. Möchten die Kollegen diese Bildungsgelegenheit, verbunden mit dem eifrigen Studium des Verbandsorgans und sozialer Literatur mehr schätzen und auch nach jeder Seite sich als vollgiltige Gewerkschaftler zeigen. Dann wird auch die äußere Werbetaetätigkeit eine stärkere. Hindernisse werden, dank der gewerkschaftlichen Schulung und des Weitblicks der Mitglieder leicht überwunden werden, die Zahl der intelligenten und eifrigen Mitarbeiter wird eine größere. Stelle sich jeder Kollege einmal die Gewissensfrage:

„Was habe ich in der vergangenen Zeit zur Stärkung unserer Bewegung getan, habe ich die Ehrenpflichten eines Gewerkschaftlers, alle ohne Ausnahme, gewissenhaft erfüllt? Ohne Zweifel, sehr viele müssen sich da sagen, daß sie manches vernachlässigt haben. Die Erkenntnis dessen aber, soll uns allein eine Mahnung für Gegenwart und Zukunft sein. An den Fehlern und den Unterlassungstünden muß man sich orientieren, wie es in der Zukunft besser zu machen ist.

Die Generalversammlungen der Ortsgruppen sind beendet. Der Vorstand ist gebildet. Alte bewährte und neue Kräfte sind wieder an die Spitze gestellt worden. Zeigt nun alle, daß ihr die Zeichen der Zeit versteht. Oftern darf nicht vorübergehen, ohne daß sich ein jeder sagen kann, der Anfang des Jahres 1912 war ein guter. Das Beispiel der Arbeitgeber zwingt uns zu weiterer Tätigkeit. Der Verband württembergischer Industrieller verzeichnet in seinem Bericht für 1911 einen Zuwachs von mehr als 200 Mitgliedern. Sein Gesamtmitgliederbestand beträgt 834 Firmen mit 90 000 beschäftigten Arbeitern. Die Metallindustriellen von Württemberg, Bayern, Baden und Frankfurt a. M. haben sich in einer weiteren Gruppe süddeutscher Metallindustrieller zusammen geschlossen. Der Zweck derselben ist: vereintes Vorgehen gegen die Verstrebungen der Arbeiter auf eine Verbesserung ihrer Lage. Wenn der Syndikus Dr. Mayer, der württemberg. Industriellen den Vorwurf tat, daß die Industriellen einer starken Organisation bedürften, so sage ich, hat der Arbeiter als der wirtschaftlich Schwächere es um so notwendiger. Wenn weiter Dr. Mayer die Industriellen aufforderte: „Jeder trage unsere Gedanken hinaus und arbeite mit zur Festigung unserer Reichen“, so rufe auch ich allen Kollegen des Bezirks zu:

Trage auch jeder unsere Gedanken hinaus und arbeite mit zur Festigung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Biehe jeder aus dem Kampfgetöse die richtige Nebenanwendung — nicht nur in Worten, sondern arbeite und sage, die Tat soll es beweisen. R. G.

Die Wünsche der staatlichen Hüttenleute im Harz

fauden bei Beratung des Vergetats am 5. März im preussischen Abgeordnetenhaus verschiedene Befürworter. Unsere Bezirksleitung hatte bekanntlich schon mehrfach durch eine Reihe von Eingaben an die zuständigen Instanzen die Wünsche der Hüttenleute dargelegt. Sie hat es sich dann weiter angelegen sein lassen, einige der Herren Abgeordneten für die Sache zu interessieren und ihnen die nötigen Unterlagen zu verschaffen. Die Herren sind denn auch wiederholt für die Wünsche der Hüttenleute eingetreten. Nachstehend geben wir die Ausführungen, die der Abg. Kollege Sauer mann am 5. März im preussischen Abgeordnetenhaus zu dieser Angelegenheit machte, im Wortlaut wieder:

Auch die Hüttenwerke hängen im Oberharz aufs engste mit der Bergverwaltung zusammen, sie sind ihr unterstellt, sie verarbeiten die Bergbauprodukte. Es werden große Klagen geführt, daß auf den Hütten in Verbach und Rothschütte Arbeitsmangel vorhanden ist und infolgedessen eine schlechte Konjunktur besteht. Das gibt selbstverständlich Gelegenheit, auch die Löhne entsprechend niedrig zu halten. Wäre es denn nicht möglich, andere Staats- oder Reichsbetriebe zu veranlassen, dort Bestellungen von Gußwaren zu machen? Es ist mir mitgeteilt worden — ich kann nicht kontrollieren, ob es genau zutrifft —, daß im Jahre 1911 z. B. die Berginspektion Grund 40 Grubenwagen aus Schaffle in Westfalen bezogen hat, während früher diese Grubenwagen auf der Hütte in Verbach hergestellt wurden. Meine Herren, wenn es möglich ist, daß solche Produkte auf den staatlichen Hüttenwerken hergestellt werden können, dann möchte ich es als dringend wünschenswert bezeichnen, daß man diesen Werken in Zukunft weitere Bestellungen zukommen läßt.

Vielleicht wäre es möglich, daß sich die staatliche Bergwerksverwaltung mit der Eisenbahnverwaltung ins Einvernehmen setzt, um von dort irgend welche Bestellungen zu erhalten. Es käme dann noch in Betracht, daß die Marineverwaltung, die natürlich Reichsbetrieb ist, auch gewisse Gußwaren braucht, ebenso die Dampferlinien, die aus Reichsmitteln subventioniert werden. Der preussische Handelsminister ist ja, wie allgemein bekannt, Mitglied des Bundesrats. Vielleicht könnte er mit seinen Bundeskollegen aus der Reichsverwaltung über die Sache Rücksprache nehmen.

Auf der Rothschütte hat auch ein anderer Vorgang böses Blut erzeugt. Vor einiger Zeit hat dort die Hüttenverwaltung — das muß lobend anerkannt werden — für die Arbeiter Kartoffeln bezogen. Aber man ist mit dem Abzug des Geldes viel zu bureaukratisch vorgegangen, indem die Beträge für die Kartoffeln vor Weihnachten auf einmal abgezogen worden sind. Die Verwaltung hätte sich das Vorgehen mancher Privatwerke zum Muster nehmen sollen; dort läßt man diese Abzüge erst allmählich eintreten, vor allen Dingen nicht im Weihnachtsmonat, weil das geeignet ist, Unzufriedenheit zu erregen.

Vor einiger Zeit ist die Hütte in Altenau stillgelegt worden. Ihr Betrieb hat sich seit langer Zeit nicht mehr rentiert, er hat Zuschüsse erfordert, und es ist klar, daß sich ein solcher Betrieb in Zukunft auch nicht rentieren würde, wenn so unbedequate Zufahrtswege vorhanden sind, wie es in Altenau der Fall ist, und wenn man auswärtiges Material verarbeiten muß. Ein Teil der Altenauer Hüttenleute ist pensioniert worden. Die jüngeren Leute sind aber nach Clausthal überwiesen worden und arbeiten dort in den staatlichen Betrieben. Sie haben aber jetzt einen zweifelhafte Weg von und nach der Arbeitsstätte zurückzulegen, so daß sie täglich vier Stunden Weg haben, und das bedeutet bei den Verhältnissen des Oberharzes eine ganz gewaltige Leistung. Es wäre von großem Nutzen gewesen, wenn man versucht hätte, entweder den Bahnbau von Clausthal nach Altenau zu beschleunigen oder aber die Hütte in Altenau noch kurze Zeit bestehen zu lassen.

In Altenau sind vor einiger Zeit Unterstützungen an die vor 1908 pensionierten Invaliden gezahlt worden, die weder den Reichszuschuß von 50 M. noch die reichsgesetzliche Invalidenrente zu ihrer Pension erhalten. Der Verteilungsmodus den man angewandt hat, hat viel böses Blut erregt. Es sind

mir vier verschiedene Schreiben von dort zugegangen, worin Klagen darüber geführt werden, daß manche der armeren Invaliden nicht berücksichtigt worden seien. Ich möchte dringend bitten, in Zukunft bei derartigen Dingen vorher genaue Erkundigungen einzuziehen, damit nicht diejenigen, die am bedürftigsten sind, übergangen werden.

Auf den Gemeinschaftswerken des Unterharzes ist noch ein schwerer Mißstand vorhanden, der von jeher besteht und bisher noch nicht beseitigt werden konnte. Im Unterharz ist auf den Braunschweig und Braunschweig gemeinschaftlich gehörigen Werken bis jetzt noch kein Arbeiterausschuß vorhanden; dies ist zweifellos ein Mißstand. Die staatliche Verwaltung im Oberharz hat schon im Jahre 1890 Arbeiterausschüsse eingeführt; aber im Unterharz hat man das bisher noch nicht fertig gebracht. Auf den Unterharzer Werken ist am 1. Oktober vorigen Jahres den Arbeitern eine Lohnzulage pro Schicht von 10 bis 30 bzw. 40 Pfg. gewährt worden, was dankbar anerkannt wird. Die Arbeiter aber sind unzufrieden über die Verteilung dieser Lohnzulagen; denn diejenigen, die die Höchsthöhe bezogen, haben auch prozentual den höchsten Satz zugelegt bekommen, während man denjenigen, die die geringsten Löhne bezogen, die geringste Aufbesserung gewährt hat. Es wäre besser, wenn man die Aufbesserung in genau gleicher Höhe allen Arbeitern zugeteilt hätte, und zwar den Höchsthöhe der überhaupt gewährt wurde. Wäre ein Arbeiterausschuß vorhanden gewesen, und man hätte ihn angehört, dann würde die Frage vielleicht anders geregelt worden sein. Hier hat sich deutlich gezeigt, daß es nicht von Segen ist, wenn eine derartige Institution fehlt. Auf der Hütte in Oster sind etwa 700 Mann Beschäftigt. Es sind 2 sogenannte Knappschäftsälteste vorhanden, diese bilden doch aber keinen Arbeiterausschuß; die Einrichtung, wie sie heute besteht, ist in unserer heutigen Zeit kein geeignetes System. Ich möchte dringend bitten, daß die staatliche Bergwerksverwaltung ihren Einfluß bei der Herzoglich Braunschweig-Lüneburgischen Kammer geltend macht, damit diese sich endlich erklärt, der Bildung eines Arbeiterausschusses zuzustimmen. Wenn das geschieht, wenn ein Arbeiterausschuß geschaffen wird, werden die Hüttenleute des Unterharzes das dankbar anerkennen, und werden weiter daraus ersehen, daß die preussische Bergwerksverwaltung ihnen mehr gewogen ist, als das früher vielfach von der braunschweigischen Bergwerksverwaltung behauptet wurde.

Aus der Arbeiterbewegung. Wo Genossen regieren!

Es ist schon öfter darauf hingewiesen worden, daß es in der freien Republik Frankreich mit der Arbeiterpolitik sehr trostlos aussieht. Selbst die sozialdemokratische Presse muß das — wenn auch widerwillig — eingestehen. So klagt der „Vorwärts“ (Nr. 33, 1912), „die ganze Kläglichkeit der französischen Sozialpolitik und zugleich des französischen Gewerkschaftswesens gehe hervor aus dem Stande der sozialpolitischen Gesetzentwürfe, wie sie in der sozialdemokratischen „Humanität“ vorgeschrieben wurden. Danach liege das Verbot der Kinderarbeit noch immer im Bereich der Forderungen — und das trotz der erschütternden Enthüllungen über die langsame Abschaffung der Kinder, namentlich in den Glashütten. Auch die Regierung tue nichts, weil es sich bei den Widerständen gegen die sozialen Reformen um ihr nahestehende „Finanzquellen... handle...“ Das Schimpflichste sei aber die Gleichgültigkeit der Gewerkschaften. Ähnlich stände es mit dem Beschlusse des Gesetzes und der Festsetzung eines Mindestlohnes für Heimarbeitern.“

Nun ist Frankreich doch ein Land, das die auch von der deutschen Sozialdemokratie angeforderte republikanische Staatsform, die sogenannte „Volks“-Regierung hat, in der Sozialisten bis in die höchsten Wemter hinaufziehen. Wenn es trotzdem in diesem Staatswesen auf sozialgesetzgeberischem Gebiet so kläglich aussieht, so muß das wirklich zu denken geben. Jedenfalls sind die Genossen in Frankreich, wie auch anderwärts, den Nachweis ihrer Befähigung zum „Besser-regieren“ schuldig geblieben. Sie sollten sich also nicht darüber beklagen, daß ihre großen Worte von denkenden Arbeitern nicht mehr ernst genommen werden.

Unentwegt im Klassenkampf!

Es gibt Leute — und nicht nur in Süddeutschland — die glauben, zwischen Sozialdemokratie und „freien“ Gewerkschaften einen wesentlichen Unterschied machen zu müssen. Sie sagen, praktische Gegenwartsarbeit und Klassenkampf seien unvereinbare Gegensätze, und darin haben sie recht. Wer daraus aber den Schluß herleiten wollte, die „freien“ Gewerkschaften enthielten sich des Klassenkampfes, wäre unbedingt auf dem Holzwege. Wer die Dinge dort objektiv verfolgt, findet das auch bald heraus.

Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften müssen schon notgedrungen an die Gegenwartsarbeit heran, um die Massen bei der Stange zu halten — aber sie tun es nur mit der Bieckung, der Sozialdemokratie zu nützen. So betrachten sie z. B. die zur sozialdemokratischen Lehre im schroffen Widerspruch stehenden Tarifverträge als „Stapfen auf dem Weg zum Endziel“. Am Klassenkampfprinzip halten sie unentwegt fest und machen auch gar keinen Hehl daraus. So schrieb die sozialdemokratische „Solzarbeiter-Zeitung“ in Nr. 7, 1912:

„Für Arbeiterschaft und Bürgertum gibt es kein Neben-, sondern ein Gegeneinander! Man darf es niemals vermissen wollen, daß es sich hier um den Kampf zweier Klassen, zweier Weltanschauungen handelt, um einen Kampf, in dem es keinen Partisan gibt...“

Durch derartige Bekenntnisse wird nur erneut bestätigt, daß es zwischen Sozialdemokratie und „freien“ Gewerkschaften überhaupt keinen Unterschied mehr gibt. Beide sind und bleiben unentwegt im Klassenkampf; über dem Arbeiterinteresse steht diesen Leuten das sozialdemokratisch-revolutionäre Parteiinteresse. Darum ist für denkende Arbeiter in dieser Bewegung kein Platz.

Die Gelben gegen Tarifverträge.

In allen wichtigen Arbeiterfragen stehen die gelben Wertvereine auf Seiten der Unternehmer. Das Organ der Knappischen Gelben, „Der Wertverein“, Nr. 9/1912, läßt wieder Sturm gegen die Tarifverträge. Die Hoffnungen, daß die Tarifverträge dem gewerblichen Frieden dienen, seien arg zusammengeschrumpft, meint das gelbe Blatt und fährt dann fort: „Über es dürfte weniger bekannt sein, daß die Tarifverträge, in schärfster Gegenfas zu ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung, von den Gewerkschaften gegenwärtig in den Dienst ihrer planmäßigen, gegen das Unternehmertum gerichteter Angriffsbewegung gestellt werden.“

Das soll mit den Verhältnissen in der Holzindustrie des nahern bewiesen werden, wo jedes Jahr ein Teil der Tarifverträge abläuft, was seitens der Gewerkschaften regelmäßig zur Ansetzung von Differenzen führt. So sei „tatsächlich das Friedensinstrument der Tarifverträge zu einem Kriegsinstrument, zu einer Angriffswaffe der Gewerkschaften geworden“. Das ist natürlich eine beweislose Behauptung, die nur von Scharfmacherblättern und ihren abhängigen Nachbetern, den gelben Organen, als Deckmantel für ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen ein Mitspracherecht der Arbeiter im Arbeitsvertrag vorgebracht wird.

Rundschau.

„Der Beruf des Eisenformers“ ist ein durch die Tagespresse laufender Artikel überschrieben, der uns aus allen Bezirken von den Kollegen zugesandt wird. Der Artikel ist ohne Zweifel von den Industriellen in die Presse lanciert und bezweckt, Stimmung dafür zu machen, daß zu Ostern eine Anzahl junger Leute als Lehrlinge in die Gießereien eintreten. Es wird der Ansicht zu erwecken versucht, als sei das Formereihandwerk die idealste Beschäftigung sowohl in gesundheitlicher als auch in materieller Beziehung. Betroffen kann zugegeben werden, daß in den Formereien sich manches durch die Tätigkeit der Organisationsarbeit gebessert hat. Wenn nun aber im ganzen Reich systematisch eine Lehrlingszählerei großen Stils betrieben werden soll, dann gehen die Formereier keinen rechten Nutzen entgegen. Es liegt klar auf der Hand, daß durch eine Masseneinstellung der Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusst wird. Die naturgemäße Folge ist ein Sinken der Löhne etc. Mitthin haben die Formereier alle Ursache, der Lehrlingszählerei die größte Aufmerksamkeit zu widmen und die Eltern und Vormünder der Schuldlosen alle Ursache zur Vorsicht. Wenn es den Unternehmern gelingt, eine übernormale Zahl Lehrlinge in die Betriebe zu bringen, dann haben die jungen Leute nach beendeter Lehrzeit wenig Aussicht, im Beruf unterzukommen, weil das Angebot der Arbeitskräfte zu groß ist. Der junge Mann sucht anderen Arbeitsmöglichkeiten auf, bleibt dort hängen, seine Formereierjahre sind nutzlos gewesen und kann er seine Existenz wegen des riesigen Formereierangebots nicht im Beruf finden. Alle Formereier und Vormünder sollten darum durch Aufdeckung der Zusammenhänge sich vor Enttäuschungen bewahren. Die Kollegen aber sollten jetzt unverzüglich daran gehen, die Organisation lückenlos auszubauen, dann können solche Versuche energisch abgewehrt werden. An manchen Stellen waren vor einem Jahrzehnt mehr Formereier organisiert wie heute und waren damals denn auch die Verhältnisse der Gießereiarbeiter an diesen Stellen entschieden günstiger wie jetzt. Das ist ein Uebelstand, der gar nicht schnell genug behoben werden kann.

Ein Mißbrauch der Organisation ist es, was der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Solingen betreibt. Im vorigen Jahre erreichten die im Solinger Industriearbeiterverband und im Christlichen Metallarbeiterverband organisierten Federmesserreiter durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverein ein neues Preisverzeichnis mit durchschnittlich zehnpromzentiger Lohnerhöhung. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband beteiligte sich nicht an den Verhandlungen sondern inszenierte einen Streik in der Branche, der erfolglos auskam.

Für Ausarbeitung eines neuen Preisverzeichnisses für die Ausmacher und Schleifer der Taschmesserbranche war der Fabrikantenverein ebenfalls bereit, machte aber zur Bedingung, daß vorher die Reider des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes das neue Preisverzeichnis der Reider ebenfalls anerkennen. Seitdem sind jetzt mehr als 15 Wochen verfloßen. Der Deutsche Metallarbeiterverband erkannte das Verzeichnis nicht an, seine Mitglieder weigern sich sogar, die erhöhten Löhne anzunehmen. Der sozialdemokratische Verband will hierdurch die Reider, die Schleifer und Ausmacher zwingen, dem Deutschen Metallarbeiterverband beizutreten, wenn sie in den Genuss der von den Fabrikanten grundsätzlich zugesicherten Lohnerhöhung kommen wollen. Durch diesen Mißbrauch der Organisation wird die gesamte Tasch- und Federmesserindustrie gefährdet. Durch die verschiedenartige Entlohnung wird nämlich der Ehrgeizkonkurrenz Tor und Tür geöffnet. Auch beweist diese Haltung erneut, daß es den Sozialdemokraten nicht um mehr „Lohn und Brot“ zu tun ist, sondern um die Durchsetzung ihrer Alleinherrschaftsgelüste. Denkende Arbeiter kehren dieser Terroristengesellschaft den Rücken.

Aus der Metallindustrie. Der Kupferblechverband hat den Grundpreis um 3 M. auf 166 M. erhöht. — Die Schwäbischen Werke erzielten nach Abschreibung von 650 000 M. einen Reingewinn von 981 000 M. Die Dividende beträgt 12%. — Der Betriebsüberblick der Dürener Metallwerke beträgt 1 251 000 M. Die allgemeinen Unkosten erforderten 330 000 M. Nach den Vorschlägen des Vorstandes soll der Gewinn folgendermaßen verteilt werden: Abschreibungen 310 750 M., Rücklage 70 000 M., Unterhaltungsbestand 75 000 M., 12% Dividende auf 3 000 000 M. = 360 000 M. und 6% Dividende auf 1 000 000 M. = 60 000 M., Aufsichtsrat 32 458 M.

Immer zahlreicher werden die Stimmen aus dem evangelischen Lager, die sich für einen stärkeren Anschluß der evangelischen Arbeiter an die christlichen Gewerkschaften aussprechen. Wie aus ein evangelischer Kollege mitteilt, sagt Herr Professor Dr. Bauer in Tübingen zu diesem Kapitel: „Wir müssen nationale Arbeiterpolitik treiben, d. h. die christliche Gewerkschaftsbewegung fördern. Das ist das Wichtigste, und hier hat der Protestantismus viel versäumt, und zwar aus dem Grunde: Mangelhaftes Verständnis für die Aufwärtsbewegung des Arbeiterstandes. Wir Vertreter der Kirche haben weder die Interessen der Arbeitgeber noch die der Grundbesitzer zu vertreten, andererseits brauchen wir die Geschäfte der Arbeiter auch nicht zu besorgen; aber wir haben die gewerkschaftlichen Forderungen, die das tun, nicht zu hindern, sondern in die rechten nationalen und christlichen Bahnen zu lenken, um weites Volksganze und um der Kirche willen.“ Hoffentlich schließen sich die evangelischen Kollegen alsbald in größeren Massen den Berufsorganisationen an, die sich in den rechten nationalen und christlichen Bahnen bewegen, nämlich den christlichen Gewerkschaften.

Die „gelben Händlinge“ gedachten bei der Bewegung der Ruhrkohlenbergwerke ihr Kennzeichen aufzuführen und sich in empfindliche Erinnerung zu bringen. Gar bald hatten die Sozialsekretäre vom „Wertverein“ den Dreck gefunden. Sie fühlten heraus, daß die Begründung, welche der Wertverein christlicher Bergarbeiter für seine Haltung gab, verunreinigt sei und die öffentliche Meinung auf Seiten der christlichen Arbeiter war. Davon mußten die „Gelben“ etwas mit abbelohnen. Also,

verkündete der „Wertverein“: die Haltung der christlichen Bergleute beruhe auf acht gelben Grundsätzen. Daß dich das Mäuslein beißt! — Für die Genossen war das ein gefundenes Fressen. Es paßte eben in ihren Kram, und so tat die Genossenschaft, als glaubte sie den Gelben das aus dem Wort. In der Klemme, worin die Genossen steckten, machten sie es wie der sprichwörtliche Teufel, sie fraßen diese „Fülle“ nicht nur, sondern ließen den roten Wälderwald von Müllhaufen i. E. bis Königsberg i. P. rauschen: „Christlich-gelbe Verbrüderung“. Sie hofften damit die Aufmerksamkeit von dem schmachvollen Zusammenbruch an der Ruhr wegzulenken.

Das Verhängen dauert nicht lange. Kollege Schiffer machte der gelben Unterstellung im Reichstag nicht nur ein schnelles Ende, sondern enthüllte die gelbe Grundlosigkeit vor aller Öffentlichkeit. Seine Kennzeichnung hat eingehängelt, dies beweist das gelbe Witzeheft. In alle Scharfmacherblätter lancierten sie einen Bandwurm, worin in künstlicher Entstellung gegen den Kollegen Schiffer gemacht wird. Es ist nutzlos, dagegen ein Wort zu sagen; es genügt festzustellen, daß die Charakterisierung der Gelben durch Kollegen Schiffer geübt hat. Ein wahrhaft national gesinnter deutscher Mann gehört nicht zu rückgratlosen Memmen in einen gelben Verein, sondern in die christlichen Gewerkschaften. Das mächtig aufstrebende Deutsche Reich braucht aufrechte Männer, mit Peloten ist ihm nicht gebietet.

Die Tarifverträge wurden vom Verein für exakte Wirtschaftsforschung in seiner letzten Hauptversammlung behandelt. Diese Vereinigung ist eine Gruppe von Wissenschaftlern aller Art, die nach Gründen suchen, wie einerseits die Scharfmacherei der Industriellen zu rechtfertigen ist und andererseits der Arbeiterschaft plausibel gemacht werden kann, daß ihr kultureller Aufstieg der Volkswirtschaft schädlich sei. Das Referat über die Tarifverträge erstattete Geh. Baurat Schrey, der ehemalige Direktor der Danziger Waggonfabrik. Wie dieser Herr rebete, läßt sich denken. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ behandelte er die Frage vom Standpunkte eines Fabrikleiters aus, der das Heil der deutschen Industrie in dem Frieden mit den Arbeitnehmern erblickt und wies die Gründe auf, warum im Handwerk Tarifverträge durchführbar sind, in der Industrie aber im großen und ganzen abgelehnt werden. Er selbst sprach sich gegen diese Verträge aus. Daß sie Arbeitsstörungen bezeugen, sei ein schöner Traum. Die Praxis spreche dagegen. Die Arbeiter selber bezeichneten die Dauer eines Tarifvertrages als Waffenstillstand. Wenn es ihnen paßt, brechen sie ihn ohne weiteres. Volkswirtschaft und Regierung schlachteten die Henne, von der sie wünschen, daß sie den Arbeitern goldene Eier lege, wenn sie zwangsweise Einführung der Tarifverträge in engerem Sinne begünstigen. Man solle der Industrie Freiheit lassen darin. Von einem Siegeszuge des Tarifgeankens könne man nach der Statistik ebenfalls noch nicht reden. Die fünf großen Gewerbe der deutschen Volkswirtschaft: der Bergbau, die Maschinenindustrie, die elektrische Industrie, die chemische und die Textilindustrie sind den Tarifverträgen nicht zugänglich.

In eine ähnliche Reihe hieß Professor Bude-Berlin, der bedauerte, daß Tarifverträge auch von Leuten verteidigt werden, denen man mehr Einsicht vertrauen sollte. Sonderbarerweise hielt auch der Präsident des Kaiserl. Stat. Amtes van der Borgth im allgemeinen sehr wenig von den Tarifverträgen. „Sie hätten sich erwohlen nicht als wirklich ein Mittel zum Frieden, sondern als Mittel im Kampf um das Arbeitsverhältnis. Jedenfalls führen sie zu einer Produktionskostensteigerung, die nicht immer, wie bei den Buchdruckern, auf die Allgemeinheit abzuwälzen ist. Unter keinen Umständen sind Tarifverträge geeignet, schematisch angewendet zu werden. Ein geistlicher Zwang muß völlig ausgeschlossen bleiben.“

Herr van der Borgth scheidet demnach aus dem Reichsdienst aus, er läßt sich pensionieren und übernimmt das gutbezahlte Amt eines Vorjüngers „des Verbandes zum Schutze des deutschen Grundbesitzes und Realbesitzes.“ Herr van der Borgth ist mit solchen Anschauungen u. E. tatsächlich überflüssig im statistischen Amt. Zum Schluß nahm die „exakte Forschungsvereinigung“ eine Resolution an, worin die Tarifverträge nicht vom besten weg kommen. Obwohl die Herren vornehmlich gegen die sozialdemokratische Anschauung von Tarifverträgen polemisierten, ist ihnen doch der Tarifgedanke als solcher zuwider. Deswegen bleibt weder die Welt, noch der Tarifgedanke stille stehen. Mit dem Ersparnen der Gewerkschaftsbewegung wird sich noch mancher Unentwegte von „hüben und drüber“ mit tariflich geregelten Arbeitsbedingungen abfinden müssen.

Die „Neue Epoche“, welche das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes von dem roten Waffensieg erhoffte, ist in weiter, nebelhafter Ferne verschwunden. Genosse Edmund Fischer schreibt nämlich in Nr. 5/1912 der „Sozialistischen Monatshefte“, daß von den 110 Genossen im Reichstag keine erlösbaren Daten im Sinne des Sozialismus zu erwarten seien. Damit begnügt sich aber der sozialdemokratische Abgeordnete Fischer nicht, sondern er unterzucht, was eine sozialistische Regierung im Sinne des Sozialismus überhaupt zu leisten imstande wäre. Er kommt dabei zu einem Resultat, das wir unsern Kollegen nicht vorenthalten wollen. Fischer schreibt:

„Eine sozialistische Regierung könnte aber, auch wenn sie die große Mehrheit des Volkes hinter sich hätte, augenblicklich an der kapitalistischen Produktionsweise gar nichts ändern. Die sozialistische Produktionsweise kann nur das Resultat einer langen, viele Generationen dauernden Entwicklung sein. Eine sozialistische Regierung könnte diese Entwicklung zwar fördern, aber in der ganzen Zeit, solange die kapitalistische Produktion nicht abgelöst hat, bleibt die kapitalistische Gesellschaft, die bürgerliche Gesellschaft trotz sozialistischer Parlamentsmehrheit bestehen, wie es in Australien der Fall ist. Und die sozialistische Regierung müßte bürgerlich, kapitalistisch regieren, d. h. den kapitalistischen Unternehmern alle die Sicherheiten und Garantien bieten, die notwendig sind, um die Betriebe aufrecht zu erhalten. Andernfalls würde die Produktion plötzlich stillstehen, und was dann käme, wäre alles andere, nur nicht eine sozialistische Gesellschaft. Aus dem Boden läßt sich keine neue Produktionsform kumpfen, sondern nur in langer Arbeit allmählich zur Entfaltung bringen: durch Bildung von Gewerkschaften, kommunalen und staatlichen Betrieben usw. Eine andere Auffassung ist unwissenschaftlich und widerspricht jeder revolutionären Auffassung.“

Also mit der „Neuen Epoche“ ist es nichts, sie ist eine „fata Morgana“, die im Nebel entweicht. Arme Genossen, die mit einem solchen Hirngespinnst von der praktischen Standesarbeit ferngehalten werden.

Sozialdemokratie und Sozialreform. Es ist bekannt, daß die sozialdemokratischen Tagesagitatoren ohne

die geringsten Skrupel alles und jedes, was sozialpolitisch für die Arbeiterschaft geleistet worden ist, als ein Verdienst der Sozialdemokratie hinstellen. Diese Unwahrhaftigkeit ist schon bis zum Ueberdruß festgenagelt worden und die öffentliche Meinung geht mit einem mitleidigen Lächeln über das Geschwafel hinweg. Wie ansehnend die sozialdemokratische Lage aber wirkt und wie die Genossen sich immer mehr selbst suggerieren, daß sie die „treibende Kraft“ der Sozialpolitik gewesen sind, beweist jetzt die „Neue Zeit“, das wissenschaftliche Organ der Sozialdemokratie. In der Nr. 23/1912 schreibt sie an leitender Stelle: „In der ausgezeichneten Rede, durch die Genosse Wurm die Reichstagsdebatte über das Reichsamt des Finanzamt leitete, kam er darauf zu sprechen, daß die Sozialdemokratie die Urheberin alles dessen sei, was sich bisher im Reichsamt sozialer Reformen durchgesetzt. Damit ist er jedoch allen bürgerlichen Parteien ins Gesicht geblasen.“

Der Widerspruch, auf den der Redakteur der „Neuen Zeit“, Genosse Wurm im Reichstag stieß, hätte ihn vorichtig machen sollen. Doch die Massenliege hat auch ihr Gebotet, und so schreibt denn sein Blatt wie vorstehend zitiert: Wir könnten nun in an historischen Tatsachen aufzeigen, was die Sozialdemokratie durch ihre „Tat“ alles in der Sozialpolitik verdorben hat. Wir verzichten darauf und wollen nur zwei Momente anführen, welche die Situation vollständig klären. Professor Franke, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, einer Zeitschrift, deren Programm die Weiterbringung der Sozialpolitik, nannte die Sozialdemokratie „das Weigenicht der Sozialpolitik, deren unfruchtbarer Doktrinarismus die Weiterführung der Sozialreform erschwere“. Dann aber ferner noch ein ganz wichtiges Beweismittel aus der Sozialdemokratie selbst. Der Verleger der „Neuen Zeit“, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dieß, sagte bei der ersten Beratung des Krankenversicherungsgesetzes im Reichstag 1883 wörtlich:

„Die jetzt von ihnen vorgeschlagene Form der Ortskrankenkassen enthält etwas, was jeder selbständige Arbeiter von vornherein ablehnen muß. Sie enthält den Arbeitgeberbeitrag und sie enthält den Anteil der Arbeitgeber in der Verwaltung. Ein derartiges Kassensystem gehört bei unsren Arbeitern längst zu einem überwindenen Standpunkt und wird von ihnen in der leidenschaftlichsten Weise stets bekämpft; dem Arbeiter gebührt die vollste freie Verwaltung seiner Krankenkasse. Der Arbeiter will die Krankenversicherung aus eigenen Beiträgen bestreiten ohne Zutritt der Arbeitgeber.“

Wie gesagt, so rebete der Verleger der „Neuen Zeit“ damals, als die Sozialpolitik noch in den Kinderjahren steckte. Seine Haltung zeugte von sehr wenig sozialpolitischem Verständnis, was einem Keulenschlag für die Sozialdemokratie gleichkommt, weil Dieß die offizielle Meinung der Partei wiedergab. Heute, nachdem wir, um mit Otto Hue zu reden, in der Sozialpolitik an der Spitze marschieren, kommt die „Neue Zeit“ her und sagt: „Alles was da sozialpolitisch freudig und fleug, das dankt ihr der Sozialdemokratie“. Gewiß wäre das eine schöne Sache für die Genossen; sie könnten statt ihrer Schlippsarbeit praktische Erfolge aufweisen. Darum ist es bitter für sie — aber gerecht, wenn ihnen von allen Seiten ihre sozialpolitische Unfruchtbarkeit attestiert wird. Eine Partei, die bei der Reichsversicherungsordnung der deutschen Volkswirtschaft 2000 Mill. Mark neuer Lasten aufbürden wollte, ist kein sozialpolitischer Antriebs, sondern ein Hemmschuh, der den Scharfmachern Wasser auf die Mühlen liefert.

Bernünftige Arbeiter lachen darum die Genossen mit ihren Tiraden aus und schließen sich Parteien an, die nicht Weigenicht, sondern Förderer in der Sozialpolitik sind. Denn nur durch vernünftige Arbeit kann etwas Gutes geschaffen werden.

Sozialdemokratische Ausbeuter. Die sozialdemokratische schweizerische Holzarbeiterzeitung, die in gefährlicher Bekämpfung der Religion und der christlichen Arbeiter hervorragendes zu leisten sucht, muß sich, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, in ihrer Nr. 7/1912, von einem Mitglied den wohlangebrachten Rat erteilen lassen:

„Vor allen Dingen die Wahrheit nicht zu verschweigen, wenn sie auch manchmal nicht gern gehört wird. Dabei wird es uns möglich sein, unserer Zeitung geistig etwas in die Höhe zu helfen, denn so kann es unmöglich weitergehen. Ich erlaube mir folgenden Vorschlag zu machen: Wir werfen in der (Holzarbeiter-) Zeitung irgend eine Frage auf, z. B.: „Wie können wir verhindern, daß aus unsern eignen (sozialdemokratischen) Reihen selbst oft die größten Ausbeuter hervorgehen?“

Schmerz laß nach! Das zuletzt ausgesprochene ist zwar nichts neues, neu ist nur, daß ein „Genosse“ ehrlich genug ist, dies auszusprechen. Ob seine Ratschläge übrigens befolgt werden, glauben wir kaum — wenn er auch durchaus recht damit hat, daß manche sozialdemokratische Zeitung eine geistige Hebung außerordentlich notwendig hätte.

Streits und Lohnbewegungen.

Nedarsulm. Die Lohnbewegung bei den Nedarsulmer Fahrradwerken ist mit Erfolg für die Arbeiter beendet. Nachdem am 16. März der Termin zur Beantwortung der Eingabe der Arbeiterschaft abgelaufen war, teilte die Direktion dem Arbeiterausschuß mit, daß sie am 19. März zu Verhandlungen bereit sei. Eine Einigung konnte hier noch nicht erzielt werden, weshalb die Verhandlungen am 20. März weitergeführt wurden. Der Betriebsversammlung der Arbeiter wurden dann am 20. März die Zugeständnisse der Direktion unterbreitet. Der Arbeiterausschuß und die Vertreter der drei in Betracht kommenden Organisationen beschworen die Annahme der Zugeständnisse. Es gelangte dann folgende Resolution zur Annahme:

„Die heutige Versammlung aller in den Nedarsulmer Fahrradwerken beschäftigten Arbeiter erklären nach dem Bericht des Arbeiterausschusses, daß sie in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse, sich mit den von der Direktion gemachten Zugeständnissen zufrieden geben wollen. Die Versammlung erwartet, daß die Lohnbewegungen sofort eintreten und bei den Lohnbewegungen nicht nach Günst verfahren wird, sondern jeder Arbeiter zu seinem Recht kommt. Die Versammlung erwartet aber auch von der Direktion, daß eine weitere Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie versprochen worden ist, eintritt, sofern es irgend möglich ist.“

Die erlangten Zugeständnisse sind folgende: 1. den Lohnarbeitern wird eine Lohnzulage von 5% gewährt. (Es sind dies 393 Lohnarbeiter. Die Erhöhung der Löhne beträgt hier die runde Summe von 24 000 M. jährlich.) 2. Der Stundenlohn der Akkordarbeiter wird erneut in der Weise festgesetzt, daß dieser 80% des durchschnittlichen Akkordverdienstes beträgt. 3. Schlechte Akkorde werden einer entsprechenden Revision unterzogen.

Von der Direktion wurde besonders im Hinblick auf die weiteren Forderungen der Arbeiterschaft darauf hingewiesen.

daß der Betrieb sich erst in der Entwicklung befindet, daß weiter die Löhne der Tagelohnarbeiter seit 2 Jahren um 15%, die der Akkordarbeiter um 24,1% gestiegen sind. Die Direktion sagte aber bei guter Entwicklung des Wertes weitere Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu. Im Hinblick auf die Umstände und Verhältnisse des Werks und der Arbeiter, ist diese Neuregelung immerhin ein guter Fortschritt. In unsern Kollegen im Gebiet Neckarsulm-Heilbronn liegt es nun, durch unablässige Werbearbeit die Organisation zu stärken. Denn nur dann kann auf die Dauer eine weitere Besserstellung der Arbeitsverhältnisse erzielt werden. Ohne Arbeit — kein Erfolg.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Zwistungen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Siegen. Die Eleganter Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Bergbau in Gelsweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

Erier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zufriedene Kollegen haben sich bisher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hofenstraße 12 zu melden.

Werdohl. Die Firma Honfel in Eveling ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

Ulm. Die Arbeiter der Firma Gb. Mayer & Comp. stehen im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Eveling. Bei der Firma Berg haben die Schlosser die Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Düsseldorf-Oberkassel. Bei der Firma Girich stehen die Schlosser der Abt. Fensterbau im Streik.

Olpe. Die Metallgießerei Imhäuser ist für Metallarbeiter aller Branchen gesperrt.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 31. März 1912 der vierzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. März bis 6. April 1912 fällig.

Aus dem Verbandsgebiet.

Aus dem Saarrevier. In unserem deutschen Vaterlande gibt es wohl kein Gebiet, wo die Verhältnisse in der Großindustrie so schlechte und unregelmäßige sind, wie hier in Saarabien. Vor allen Dingen ist darüber Klage zu führen, daß die Bundesratsverordnung entweder gar nicht oder nur in sehr geringem Maße befolgt wird. So gibt es z. B. Betriebe, wo die Arbeiter nicht einmal Zeit haben, ihr Mittagessen richtig einzunehmen. Wir sehen also, daß da selbst gesetzliche Bestimmungen nicht helfen, wo die Arbeiter nicht durch eine starke Organisation für deren Durchführung Sorge tragen. Aber auch über andere Mißstände ist noch viel zu klagen. So vor allen Dingen über lange und unregelmäßige Arbeitszeit. Eine prozentuale Besserbezahlung der Leberzeit- und Sonntagsarbeit sind Dinge, die man überhaupt nicht oder nur in den seltensten Fällen kennt. Viele Arbeiter haben einen Stundenlohn von 34 bis 48 Pfg. Dabei sind aber die Lebensmittel- und Mietpreise gerade so hoch, wenn nicht höher, wie in andern Industriebezirken auch. Daß da mancher Arbeiter mit seiner Familie darben muß, ist leicht begreiflich. Auch die Behandlung durch die Vorgesetzten läßt meistens noch viel zu wünschen übrig. Ist es doch noch kürzlich auf einem weit über die Grenzen Saarabiens hinaus bekannten Werke vorgekommen, daß ein Meister einen Arbeiter, welcher schon lange Jahre dort beschäftigt war, einfach ins Gesicht schlug. Ein Vorarbeiter ließ kurz nachher die Keule zerfallen, daß, wenn alle Meister, die schon Arbeiter geschlagen hätten entlassen würden, wohl kaum noch viele im Saarrevier übrig blieben.

Kollegen, wer ist denn nun schuld an diesen Zuständen? Doch niemand anders als wir selbst. Wir sollten endlich einmal zu der Einsicht kommen, daß es mit Klagen nicht getan ist, sondern daß wir selbst die bessernde Hand anlegen müssen. Das können wir aber nur dann, wenn wir uns dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen und dafür sorgen, daß sämtliche Industriesektoren daselbst tun. Nur dann wird es uns möglich sein, die traurigen Verhältnisse hier zu bessern. Darum auf, Kollegen, mit frischem Mut an die Arbeit!

Karlsruhe. Auch wir in Karlsruhe sind im vergangenen Jahre vorwärts gekommen — freilich, entschieden besser abgeschnitten hätten wir schon, wenn alle Kollegen pflichtgemäß in der Agitation mitgearbeitet hätten. Nach dem in unserer Generalversammlung am 14. Januar vom Vorsitzenden Kollegen Weiß erstatteten Bericht, hatten wir im Jahre 1911 42 Neuzugänge zu verzeichnen. In 21 von den insgesamt 23 Mitgliederversammlungen wurden lehrreiche Vorträge gehalten; in 2 Versammlungen fiel das Referat nur wegen des ungenügenden Besuchs aus. An den Kollegen ist es, daß für zu sorgen, daß das in Zukunft nicht mehr vorkommt. Auch muß der Versammlungsbesuch, der im Vorjahre durchschnittlich 12 1/2 Proz. betrug, nunmehr allgemein ein besserer werden. Vorstand- und Vertrauensmännerwahlen wurden 8 abgehalten. Von den 2 Bewegungen, an denen wir gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Verbandsmitglied waren, führte eine zu einem Teilerfolge.

Die am 18. Juni 1911 mit 8 Mitgliedern gegründete Sektion Taglöhner zählt heute bereits 17 Mitglieder; 4 Versammlungen wurden dort seit der Gründung abgehalten. In der Sektion Tischler fanden 6 Versammlungen statt; die Mitgliederzahl steigerte sich dort von 4 auf 24; es sind dies meist jugendliche Kollegen. Diese Erfolge müssen uns jetzt aber zu unausgesetzter Weiterarbeit anspornen. An Eingängen waren zu verzeichnen 67 Korrespondenzen und 9 Pakete; an Ausgängen 84 Korrespondenzen. In den Vororten wurden 3000 Stück Flugblätter durch unsere Kollegen den Leuten ins Haus getragen. Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl der alten Vorstandsmitglieder.

Durch die treue, opferbereite Mitarbeit aller Kollegen unserer Ortsgruppe werden wir auch in den kommenden Mo-

naten weiter vorwärts kommen. Im Jahre 1912 müssen wir unsere Mitgliederzahl verdoppeln — und das wird uns auch gelingen, wenn alle Kollegen nach besten Kräften mit Hand und Werk legen. Kasten wäre für uns gleichbedeutend mit ruhen! Darum sei unsere Parole: Vorwärts!

Heilbronn. Unser Verband hielt am Samstag, den 24. und Sonntag den 25. Februar in Heilbronn, Neckarsulm und Büdingen Agitationsveranstaltungen ab. Namentlich die in Büdingen erreichte sich eines guten Zuspruchs. Kollege Kühn-Pforzheim sprach über das Thema: Die christlich-nationale Arbeiterbewegung, ihre Bedeutung für die Bevölkerung und die Gegner der christlichen Gewerkschaften. Aus seinen Ausführungen sei hier folgendes wiedergegeben: Im heutigen Ringen um die soziale und wirtschaftliche Besserstellung kann die Arbeiterschaft nur durch den kräftigen Zusammenschluß in gewerkschaftlichen Organisationen ihre wirtschaftlichen Interessen wirksam wahrnehmen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist trotz aller Bekämpfung, hauptsächlich durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften und das Unternehmertum, zu einem mächtigen Faktor im Wirtschaftsleben herangewachsen. Die Gegnerschaft des Unternehmertums rührt größtenteils aus Kleinlichen, so recht menschlichen Gründen her. Da ist einmal die allgemeine Abneigung, die man von dieser Seite von vornherein allen Organisationen entgegenbringt, die sich zur Aufgabe machen, mit Forderungen, und wenn sie noch so berechtigt sind, an die Unternehmer heranzutreten. Die Furcht vor einer Organisation, die auf der Grundlage unseres jetzigen monarchischen Staatswesens steht und mit geistlich zulässigen Mitteln allen Ernstes und mit Nachdruck an der Besserung der Lage der Arbeiterschaft zu arbeiten gewillt ist, läßt manchen Arbeitgeber die christlichen Gewerkschaften für gefährlicher erachten als die sozialdemokratischen. Letztere erscheinen dem Unternehmertum ungefährlicher, weil sie meist mit ihren überspannten und radikalen Forderungen der Lächerlichkeit verfallen und deshalb auch von der öffentlichen Meinung nicht ernst genommen werden.

Diesen Arbeitgebern gegenüber müsse an den Ausbruch des früheren Staatssekretärs Grafen v. Bofadowsky aus der Reichstagsfraktion vom 6. Februar 1906 erinnert werden, wo dieser die christlichen Gewerkschaften geradezu als eine nationale Notwendigkeit bezeichnete und die oben gekennzeichneten Arbeitgeber als Männer charakterisierte, denen eben jede Förderung der Arbeiter und wenn sie auch noch so gerecht sei, unsympathisch ist.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei bekämpfen die christlich-nationale Arbeiterbewegung und besonders die christlichen Gewerkschaften mit wahren Fanatismus, weil sie namentlich in den letzteren eine gefährliche Konkurrenz erblicken. Durch Terrorismus, Verächtlichmachung, Anschläge bei Lohnbewegungen u. wird versucht, das Vorwärtsschreiten der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu hemmen. So muß der Welt das sonderbare Schauspiel geboten werden, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft gegen jene ihre Freiheit und Gleichberechtigung verteidigen muß, die angeblich für Freiheit Gleichheit und Brüderlichkeit, sowie für die Gleichberechtigung des vierten Standes kämpfen wollen. Redner führte eine Anzahl Beispiele dafür an, daß die sog. „freien“ Gewerkschaften in Wirklichkeit sozialdemokratisch und antireligiös seien. Ganz unverständlich sei das Verhalten solcher Arbeiter, die glauben, es mit ihrer Ueberzeugung vereinbaren zu können, gleichzeitig Mitglied eines kath. oder ev. Arbeiter- oder Gesellenvereins und einer sozialdemokratischen Gewerkschaft zu sein. Die gesamte Bevölkerung habe ein großes Interesse daran, daß dem arbeitenden Stande christliche Sitte und vaterländische Gesinnung erhalten bleibe. Dazu bedürfte es aber heute einer starken christlich-nationalen Arbeiterbewegung, mit kampfesreudigen, charakter- und rücksichtslosen Männern, die auch gewillt seien, einer Welt von Gegnern gegenüber ihre Ueberzeugung aufrecht zu erhalten und für sie einzutreten. Die Versammlung fand ihren Abschluß mit einem begeisterten Appell, immer eifriger für ein gutes Zusammenarbeiten zwischen konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereinen und christlichen Gewerkschaften einzutreten.

Düsseldorf. Sie tappen im „Dichte“ und finden sich doch nicht zurecht, nämlich die hiesigen Beamten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Der Geschäftsbericht der hiesigen Verwaltungsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes ist nicht ganz nach ihren Wünschen ausgefallen. Die kritischen Betrachtungen über ihr Betragen im letzten Jahre uns gegenüber und — unsere Mitgliederzahlen haben es ihnen demnach angetan, daß sie aus dem Veim zu gehen drohen. Die „Metallarbeiterzeitung“ und ein besonderer „Waschzettel“ mit der Ueberschrift „2003 Mitglieder“ sollen nun helfen, alles nach ihren Wünschen zu gestalten. Einfach „rührend“, dieses Interesse der Genossen an unsern Mitgliederzahlen. Doch sie mögen sich beruhigen, denn wir sind inzwischen schon wieder um einige Hundert über die 2003 hinaus. Und wir marschieren eben auch noch weiter.

Die Genossen wollen nun ein Schreiben in die Hände bekommen haben, worin wir einen Kollegen aufforderten, den Posten eines Vertrauensmannes anzunehmen, und nun soll just gerade dieser Mann in den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband übergetreten sein. Nun wohl, wenn der sich zu der Gesellschaft „konsequenter Arbeitervertreter“ hingezogen fühlte, dann können wir dem Manne nicht helfen. Wir verzichten gern auf die Gütergemeinschaft mit Sozialdemokraten, geben andererseits aber auch nicht zu, daß christlich-nationale Metallarbeiter sich in die sozialdemokratischen Reihen locken lassen. In diesem Jahre sind Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zu uns übergetreten, die teils 8, 5 und 3 Jahre gelayt hatten, dort ihre Interessen gewahrt zu sehen. Auch ist uns ja bekannt, (der Beamte Berger prahlt ja öffentlich damit), daß einige Spione bestellt sind, denen die bei uns gezahlten Beiträge vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband zurückerstattet werden. Im roten Lager scheint also eine bedauerliche Geistesarmut um sich zu greifen, sonst würde man nicht mit solchen Mitteln zu arbeiten brauchen.

Da uns nun aber auch mit Spionen nicht beizukommen war, griff man im roten Lager zum Rechenstift. Mit einer Gegenüberstellung der Zahlen von 1910 und 1911 ließ sich das Gewollte nicht erreichen, deshalb wurden die Zahlen vom 1. und 4. Quartal 1911 gegenübergestellt. Damit konnte man sich trefflich an dem günstigen Gesamtbild vorbeidrücken. Wir können dem roten Zahlenkünstler darin nicht folgen, da er den Markterverkauf für einzelne Quartale nicht angegeben hat. Daß übrigens unsere Abrechnung partout unklar sein soll, nimmt uns nicht Wunder, da er ja sonst die rote nicht über den Schellenhaus lösen könnte. Demgegenüber wollen wir hier eine gleichmäßige Gegenüberstellung für die Jahre 1910 und 1911 von beiden Verbänden insagen lassen, um der Deffektiv-

sicht ein der Wahrheit entsprechendes Bild zu übergeben. Es gaben in ihren Jahresberichten an:

Der Christl. Metallarbeiterverband		Der soz. Metallarbeiterverband	
Mitgliederbewegung:			
Ende 1911	2063	Ende 1911	8401
Ende 1910	1105	Ende 1910	5787
	Wehr 89%		Wehr 261%
Zunahme in %	81,26,	Zunahme in %	45,24,
Markenverlauf:			
Im Jahre 1911	73 414	Im Jahre 1911	348 026
Im Jahre 1910	34 533	Im Jahre 1910	237 069
	Wehr 88 881		Wehr 110 057
Zunahme in %	112,30,	Zunahme in %	46,25
Einnahmen aus Beiträgen in Mark:			
Im Jahre 1911	89 966	Im Jahre 1911	223 653
Im Jahre 1910	20 480	Im Jahre 1910	237 069
	Wehr 19 486		Wehr 205 068
Zunahme in %	95,15,	Im Jahre 1910	141 684
			Wehr 64 284
		Zunahme in %	45,37,

Es beträgt somit die Steigerung der Mitgliederzahlen beim christlichen Metallarbeiterverband 81,26% gegen 45,24% des sozialdemokratischen Verbandes. Somit mehr beim christlichen Metallarbeiterverband 36,02%. Die Beitragsleistung ist beim christlichen Metallarbeiterverband noch günstiger. Sie erreichte eine Steigerung von 112,30% gegen 46,25% des sozialdemokratischen Verbandes, mithin mehr bei uns: 66,05%. Wenn bei uns die Einnahmen aus den Beiträgen nur 95,15% gegen 112,30% im Markenverkauf und 81,26% in der Mitgliedersteigerung erreichten, so ist das teilweise auf das Fehlen eines besoldeten Eintassierers und auf die Staffelleistungen zurückzuführen. Wir wollen uns jedoch bessern. Im sozialdemokratischen Verband waren nicht allein das ganze Jahr bezahlte Eintassierer tätig, sondern es ist da nur ein Einheitsbeitrag, der für jugendliche Mitglieder geschäftet wird, vorhanden. Immerhin haben wir in Düsseldorf eine um 49,78% höhere Beitragsleistung, wie der sozialdemokratische Metallarbeiterverband. Damit dürfte jenen Leuten im roten Lager, die sich so sehr für uns interessieren, vorläufig genügend Material zum Nachdenken gegeben sein. Wir wünschen nur, daß sie es ihren Mitgliedern nicht vorenthalten, und wenn sie nun weiter „Waschzettel“ schreiben und hübsch bei der Wahrheit bleiben, so werden vielleicht noch manchem Irreführten die Augen aufgehen. Mit Händen wird er's greifen, daß die rote Presse ihr bislang über unsere Bewegung ausgeführt hat. — Inzwischen aber wollen wir weiter arbeiten und neue Hunderte um unsere Fahne scharen — zu positiver Arbeit!

Saarbrücken. (Zehenhandwerker.) Am Sonntag, den 17. März wurden in Neudorf und Sulzbach Versammlungen der Handwerker, Maschinenisten und Heizer der fiskalischen Saargruben abgehalten. Kollege Bäcker erstattete Bericht über die Stellung des Ministers und des Abgeordnetenhauses zu den in der letzten Petition niedergelegten Wünschen der fiskalischen Grubenhandwerker. In beiden Versammlungen gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die heutige, vom christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands einberufene Versammlung der Handwerker, Maschinenisten und Heizer der fiskalischen Saargruben nimmt Kenntnis von den Beratungen des Veretztes im preussischen Abgeordnetenhaus. Versammlung spricht den Abgeordneten Herren Sauermann und Dr. Maurer ihren Dank dafür aus, daß sie die Gelegenheit wahrgenommen haben, die Wünsche, die in der an den Herrn Minister für Handel und Gewerbe und an das Haus der Abgeordneten gerichteten Petition niedergelegt sind, energisch zu vertreten. Versammlung bedauert das ablehnende Verhalten des Herrn Ministers; betreffs der Lohnverhältnisse der Handwerker auf den Eisenschmelzwerken und denen der Handwerker auf den Eisenschmelzwerken ist sie entschieden anderer Ansicht. Die Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands wird beauftragt, einwandfreies Material zu sammeln und zu veröffentlichen, um den Nachweis zu erbringen, daß die Auffassung des Herrn Ministers in dieser Frage eine irrige war, und er deshalb bei seiner Ablehnung nicht beharren kann. Vom christlichen Metallarbeiterverband und von den arbeiterfreundlichen Abgeordneten der bürgerlichen Parteien erwartet die Versammlung auch weiterhin energisches Eintreten für die in der Petition niedergelegten Wünsche.“

Ferner bedauert die Versammlung, daß noch eine große Anzahl Kollegen interesselos in den Tag hineinleben und sich von ihrer Berufsorganisation fernhalten. Dadurch werden die in Betracht kommenden Behörden nur in ihrer ablehnenden Haltung bestärkt. Versammlung fordert deshalb alle Berufscollegen auf, sich bis auf den letzten Mann dem christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands anzuschließen, da es auch in den Staatsbetrieben nicht möglich ist, ohne eine starke Organisation berechnete Arbeiterwünsche durchzusetzen.“

Welschhammer. Wiederholt schon waren wir gezwungen, in unserem Organ verschiedene Mißstände auf unserm Staatsbetriebe zu rügen. Gewöhnlich war auch ein Erfolg zu verzeichnen. In letzter Zeit geht hier wieder drunter und drüber. So sollen allein im Monat Februar 30 Mann, d. i. über 10% der Belegschaft, bestraft worden sein. Die Strafen waren zum Teil sogar sehr hohe und überdies nur in den wenigsten Fällen gerechtfertigt. Kleinere Strafen, wie sie die Arbeitsordnung vorsieht, werden nicht angewandt. Kommt ein Kollege einmal zu spät, so wird er 1. bestraft und darf 2. den ganzen Tag nicht arbeiten. Wir sind gewillt auch für Ordnung und Pünktlichkeit, aber daß sich ein Arbeiter einmal verspätet, das kann doch vorkommen. Da ist ein Kollege, der 1 1/2 Stunden Weges zum Werke hat. Eines guten Morgens hat er sich verspätet. Weil er nun weiß, daß er doch wieder retour geschickt würde, bleibt er gleich zu Hause. Des anderen Tages brennt man ihm dafür 2,30 M. Strafe auf. Andere hingegen werden das erste Mal mit 70 Pfg., das zweite Mal mit 1,80 M. gestraft. Das Straßbüßchen wird überhaupt so verschoben gehandhabt, daß die Arbeiter sich gar nicht mehr auskennen.

Ein Arbeiter erlaubte sich einmal, einen Meister auf diese verschiedene Abhandlung gleicher Delikte hinzuweisen mit der Bemerkung, daß das seiner Ansicht nach „unrecht gehandelt“ sei. Wegen „Beleidigung“ wurde der Vorlaute zu 2,85 M. Strafe verurteilt. Ein anderer fühlte sich eines Morgens krank und zur Arbeit unfähig. Durch seinen Sohn läßt er sich morgens 6 Uhr entschuldigen und erhielt trotzdem 1,80 M. Strafe. 18jährige Burschen erhalten nach der Lohnordnung 2 bis 2,20 Mark Lohn; in letzter Zeit wurde jedoch ein solcher einfach mit 1,50 M. pro Tag abgefertigt.

Auch die Akkordarbeiter haben über vieles zu klagen. Manchmal denken sie „etwas verdient“ zu haben, aber dann kommt man hinten drein und zieht wieder ab. So wurden kontinü noch zwei Arbeiter im März: dem Februar 5,27 M.

abgezogen. Die Arbeitsordnung aber verlangt doch, daß solche Sachen den Arbeitern vorher mitgeteilt werden. Und erst unter Arbeiterauschluß, der wird „nobel“ behandelt! Bereits ein Viertel des neuen Jahres ist verfloßen — mit einer Sitzung hat man ihn aber noch nicht befristet. Wie meinet, Stoff ist doch mittlerweile mehr als genug vorhanden.

Unser Werk wird nun gegenwärtig vom Kassierer geleitet, dem — aus welchen Gründen ist auch der Generaldirektion bekannt — seitens der Bevölkerung und Arbeiterschaft keine besondere Sympathie entgegengebracht wird. Weil unser Kantinenwirt den Herrn einmal darüber befehlen mußte, wie man sich in der Kantine ankündigen Mädchen gegenüber zu benehmen hat, ist er diesem besonders „geim“. Der Mann soll fortgeschickt werden. Der Arbeiter, der dort noch verkehrt, soll schief angesehen werden. Mit Erlaubnis der Werksleitung hat der Kantinenwirt nun seit 2 Jahren im Werk gehobelt. In der vorigen Woche aber erhielt der Arbeiter, der die Kuffert über das Bad führt ohne weiteres 1,50 M. Strafe zudikt, weil er, wie seither, den Wirt baden ließ. — Bei solchen Willkürlichkeiten des bezeichneten Herrn Leiters ist es erklärlich, wenn sich eine Erregung bei der Arbeiterschaft einstellt.

Unser Staatsbetriebe werden schließlich dadurch nicht rentabel gestaltet, daß man einen Mann zum Leiter bestellt, der vom praktischen Betriebe wenig versteht. Wir haben hier doch tüchtige Ingenieure, unter denen sich ein selbstverdienender Werksleiter leicht finden ließe, der dann überdies auch das notwendige Ansehen am Orte und bei der Arbeiterschaft genösse. Den Kollegen aber rufen wir zu: Kein Mensch wird schlechter behandelt, als er's sich gefallen läßt. Einer selbstbewußt und geschlossen dastehenden Arbeiterschaft würden solche Sachen nicht geboten. Darum forge jeder für eine weitere Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes.

Singen a. S. In Nr. 11 der „Metallarbeiterzeitung“ verbricht ein roter Stribisag im Stile „Karls des „Großen“ von Forzheim“ einen Artikel „Zur Taktik der christlichen Gewerkschaften“. Mit tränenden Augen muß der „wahrheitsliebende“ gewöhnliche Kritiker konstatieren, daß ihm die Felle fortgeschwommen sind und er sein Ziel, die bösen Christlichen vom Tarifvertrag bei der Firma Waibel auszuschließen nicht erreicht hat. Darüber nun großer Kagenjammer und Geheul. Selbstverständlich, wie es bei den Metallgenossen üblich ist, geht es ohne eine Portion von Verleumdungen und Verdächtigungen nicht ab. Es wird unter anderem gefaselt von dem in Singen sitzenden Sekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes. Tatsache ist, daß unser Verband in Singen keinen Beamten hat. Es ist dort nur ein katholischer Arbeitersekretär. Derselbe soll nun der Firma Forderungen überreicht haben. Wahrheit ist, daß der Arbeitersekretär mit Herrn Waibel über den Tarif nicht verhandelt hat, sondern dies geschah durch unsere Bezirksleitung. Dann wird weiter gefaselt von den „billigen Leuten“, die der christliche Verband liefern soll. Den Beweis, wo und wann dies von uns gesehen ist, schenkt man sich wohlweislich nach dem Grundsatz: „Verleumde nur 'redch drauf los, es bleibt immer etwas hängen.“ Es folgen dann unrichtige Angaben über die Mitgliederzahl und als roter Bombenerfolg wird wieder der vorjährige Tarif bei den Maggi-Werken dem stammenden Genossenpublikum zu Xten Male vorgeführt. Diesen haben sie nur durch das anerkennenswerte Entgegenkommen u. das soziale Verständnis des Herrn Maggi erhalten, sonst hätten sie dort auch nichts. Eine Kraftprobe der Genossen war es keinesfalls. Nachdem nun die Neckerungen des Herrn Maggi über die Gewerkschaftsfrage im Wortlaut vorliegen, ist man schon gewohnt, die frühere verleumderische Ausbeutung derselben einzustellen. Daß der christliche Metallarbeiterverband auch den Tarif auf die weitere vorhandene Firma ausdehnte, bei der der rote Verband schon im Jahre 1909 abgeblüht ist, davon erwähnt die so „wahrhaftige“ Berichterstattung in der „Metallarbeiterzeitung“ nichts. Den Schluß des Artikels bildet noch ein Geschimpfe über die christlichen Bergarbeiter, die darauf verzichten, Kämpfe nach den Rezepten der roten „Strategen“ und „Taktiker“ a la Forzheim mitzumachen, die Arbeitergewerkschaften nutzlos zu verpulvern und sich vollends die Niederlagen zu holen. Im übrigen unser herzlichstes Beileid zum Genossenjammer. „Es wäre so schön gewesen, es hat nicht sollen sein.“

Haltern. Eines sehr guten Besuchs hatte sich unsere Generalversammlung am 19. Januar zu erfreuen. Es war dies unsere erste Generalversammlung, da unsere Ortsgruppe erst im Juli 1911 ins Leben gerufen wurde. Ueber unsere Tätigkeit und die Entwicklung unseres Mitgliederbandes sei folgendes aus dem Jahresbericht des Kollegen Moritz Holland wiedergegeben. Seit einiger Zeit machte sich unter den Metallarbeitern am Orte das Bestreben geltend, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Zu diesem Zwecke wurde im Juli 1911 eine Versammlung anberaumt. Der Verlauf dieser Versammlung bewies, daß die Kollegen die Notwendigkeit der Organisation kannten, und nur der christliche Metallarbeiterverband als Interessenvertretung für sie in Betracht kommen konnte. 28 Kollegen gaben gleich ihre Beitrittserklärung ab. Durch die Tätigkeit der Kollegen konnten in den nächsten 5 Monaten noch weitere 20 Kollegen dem Verbande zugeführt werden. Durch ungünstige Lohnverhältnisse glaubte allerdings ein Teil dieser Mitglieder Veranlassung zu haben, dem Verbande wieder den Rücken kehren zu müssen. Wie wollen die „Schlauberger“ dem die „ungünstigen Lohnverhältnisse“ ohne Verband bessern? Die Red., Außerdem wurden noch 2 Kollegen zum Militär einberufen. Es verblieb somit ein Mitgliederband am Jahresschlusse von 30 Kollegen. An Versammlungen wurden abgehalten: 1. Feiertagliche, 7 Mitglieder- und 2. Werkstattversammlungen. Aus dem Jahresbericht sei hervorgehoben: An die Hauptkasse wurden abgeführt 376,39 M., an die Bezirkskasse 26,54 M. Für Material wurden aus der Lokalkasse 38,60 M. vorausbezahlt. Es bleibt ein Bestand der Lokalkasse von 40,57 M. In der darauffolgenden Vorstandswahl wurden die bisherigen Vorstandsmglieder außer dem 2. Vorsitzenden wiedergewählt. An Stelle des 2. Vorsitzenden sowie als Kartelldelegierter wurde Kollege Wils, Beyer, als Kassierer die Kollegen Bernh. Berge und Wils. Born gewählt. Rannmehr erhielt Kollege Schag-Gehrmann das Wort zu einem Vortrage. In dem eine Anzahl Beispiele führte er den Kollegen die Gegenstände der verschiedenen Organisationen, sowie die Unfähigkeit der sozialdemokratischen Organisation, etwas ernstliches für die Arbeiter zu schaffen, vor Augen. Denn nur durch praktische Gewerkschaftsarbeit kann die Lage des Arbeiterbandes gehoben werden. Mit einem kurzen Rahmwort an die Kollegen zu ihrer unermüdbaren Arbeit, zu engerem Zusammenhänge besonders in der Werkstatt, schloß der Referent seine Ausführungen. Der Beifall bewies, daß er den Kollegen aus dem Herzen gesprochen hatte. Ein Appell des Vorsitzenden an die Mitglieder zu ihrer Opferwilligkeit und gegen-

seitigem Hand-in-Hand-arbeiten zum Wohle unseres Verbandes und seiner Mitglieder brachte die Versammlung zum Abschluß.

Und nun, Kollegen von Haltern, mit frischem Mut aus Werk! Zeigt, daß ihr den ersten Willen habt, den Erfolgen vom vorigen Jahre neue anzureihen. Dann werdet ihr bald eine Macht bilden, welche in der Lage ist, alle Widerstände zu bekämpfen und zu überwinden. Sucht vor allen Dingen euer Wissen zu bereichern durch Besuch der Versammlungen, wo die Erfahrungen ausgetauscht werden können, durch Lesen unseres Verbandsorgans und der Tagespresse. Aber auch der Vorstand und die Vertrauensmänner müssen des öfteren, mindestens aber ein Mal im Monat, sich zusammen finden, um die gegenwärtigen Situationen zu besprechen und zu beraten, welchen Weg haben wir einzuschlagen, um unsere Sache vorwärts zu bringen. Der Vorstand wird dann den Mitgliederversammlungen stets praktische Vorschläge zur Weiterarbeit machen können. Wenn alle diese Punkte und Ratschläge beherzigt werden, wenn jeder Kollege sich seiner Pflicht bewußt ist und danach handelt, wenn der rechte Mann an die rechte Stelle gestellt wird, so wird auch der Erfolg eurer Tätigkeit nicht ausbleiben.

Dresden. Auch in der roten Hochburg geht es bei uns christlichen Metallarbeitern vorwärts. Eines sehr guten Besuchs erfreute sich unsere Generalversammlung am 12. Februar. Dem Jahresbericht des Vorsitzenden zufolge war am Ende des Jahres ein geringer Mitgliederverlust zu verzeichnen, verursacht durch die Abreise einiger Kollegen. Durch Neuaufnahmen im ersten Monat dieses Jahres wurde der Verlust jedoch wieder ausgeglichen. Die neugegründete Jugendabteilung erfreut sich erheblicher Fortschritte. Durch die von unseren Kollegen in den verschiedenen konfessionellen Vereinen gehaltenen Vorträge gewerkschaftlichen Inhalts, erwarben wir uns das Vertrauen weiterer, einflussreicher Kreise. Von der sächsischen Metallarbeiteranzshörung wurden auch Kollegen von uns betroffen. Laut Kassenbericht beliefen sich die Gesamteinnahmen auf 1171,45 M., die Ausgaben auf 1091,42 M. An die Hauptkasse wurden gefandt 80,03 M. Eine rührige Verbearbeit in diesem Jahre zu entfalten, durch Mißerfolge sich nicht entmutigen zu lassen, das war der Leitgedanke des vom Kollegen Piefer aus Zittau hierauf gehaltenen Referats. Als Vorsitzender und Kassierer ist Kollege Schwiedam, als Schriftführer der Kollege Schulz gewählt worden.

Kollegen! Hohe Aufgaben harren unser. Nicht gilt es, die rote Festsung Dresdens zu stürmen, wohl aber durch stete Kleinarbeit einen Stein nach dem andern aus derselben herauszunehmen. Vor allem gilt es, die noch schlafenden Kollegen zu wecken und sie als Mitkämpfer in die Reihen der christlich organisierten Metallarbeiterschaft einzugliedern. Das ist unsere nächste Aufgabe, ein jeder von uns muß daran mitarbeiten.

Heidelberg. Obgleich der Name unserer alten Redarstadt nicht allzu oft im Verbandsorgan zu finden ist, steht's hier doch um die Sache des christlichen Metallarbeiterverbandes im allgemeinen gut. Leider geht's aber nur langsam vorwärts. Zwar ist Heidelberg wegen seiner Schönheit auf die wandernden Kollegen eine große Anziehungskraft aus, aber — ihr Aufenthalt ist hier nicht von Dauer, da die Arbeits- und Lohnverhältnisse die besten nicht sind. Was die lokalen Verhältnisse angeht, so rächt es sich nun, daß man hier leider zu spät aufgewacht ist. Darum hält es auch in manchen Betrieben so schwer, neue Mitglieder für unsern Verband zu gewinnen.

Doch diese Schwierigkeiten sollen und dürfen uns nicht abhrecken, sie müssen überwunden werden. Und unsere Ortsgruppe hat den Willen, vorwärts zu kommen und mit auf der Höhe der Zeit zu stehen. Das zeigte sich wieder so recht auf der letzten Generalversammlung, wo nach einem Referat unseres Bezirksleiters Kollegen Thelen der 70. resp. 80. Wochensbeitrag zum Beschluß erhoben wurde. Ebenso wurde die Frageannahme der Hausagitation beschloffen, sodas zu hoffen ist, daß auch die Ortsgruppe Heidelberg in diesem Jahre einen tüchtigen Schritt nach vorwärts macht. Wir wollen uns an Arbeitseifer für unsere gemeinsame Sache von keiner Gruppe im weiten Verbandsgebiet übertreffen lassen. Darum, Kollegen, auf zur Tat!

Hagenburg. Reges Leben herrschte im vergangenen Jahre in unserer Ortsgruppe. Der Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden, erstattet auf unserer Generalversammlung am 25. Februar, ließ eine Aufwärtsbewegung gegenüber dem Vorjahr erkennen. Die Zahl der Neuaufnahmen im Berichtsjahr überstieg die von 1910. Auch das Versammlungswesen ist viel reger, der Besuch ein bedeutend besserer geworden. Möge das auch in Zukunft so bleiben. Dem Kassenbericht zufolge beliefen sich die Einnahmen auf 267,10 M., die Ausgaben auf 80,48 M. An die Hauptkasse wurden eingefandt 193,32 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 64,38 M. und eine Ausgabe von 51,73 M.; sie weist — einschließlich Bestand vom Vorjahre — einen Bestand von 30,60 M. auf. In den Vorstand gewählt wurden folgende Kollegen: Wolf als Vorsitzender, Imhoff zum Kassierer, Schmitt zum Schriftführer. Der Vertrauensmännerapparat wurde durch Zuwahl einiger eifriger Kollegen ergänzt. Der Vorstand ist gewillt, sein Bestes für die Vorwärtswentwicklung unserer Zahlstelle einzusetzen. An den Kollegen alleamt ist es nun, ihn dabei nach besten Kräften zu unterstützen.

Friedrichshafen. „Von der Luftschiffbau-Gesellschaft Zeppelin“ weiß der jactam bekannte „Strategie“ Vorkämpfer zu „berichten“. Die sozialdemokratische Presse einschließlich „Metallarbeiterzeitung“ drucken den spaltenlangen Vorkämpferschen Wahzettel ab, in welchem die Wahrheit nach bekannter Manier vergewaltigt wird.

Der Hergang der Sache sei deshalb kurz geschildert. Bei der gemäß Arbeitsordnung angeordneten Wahl des Arbeiterauschusses einigten sich die Arbeiter auf eine gemeinschaftliche Liste, auf der auch die Hilfsarbeiter mit zwei Mann vertreten waren. Die erste Wahl wurde jedoch infolge ungültiger Zettel kassiert. Für den zweiten Wahlgang stellte nun der sozialdemokratische Metallarbeiterverband ohne Vor- und Mitwissen der Hilfsarbeiter einen einseitigen Zettel auf, auf dem die zwei Hilfsarbeiter gestrichen waren. Die Direktion der Luftschiffbau-Gesellschaft versagte den unter solchen Umständen Gewählten die Anerkennung, wie jeder Vernünftige zugestehen muß, mit Recht. Hätten christliche Arbeiter eine solche jochige Haltung an den Tag gelegt, sicherlich würde die rote Presse bis zum letzten Winkelbänken vom Arbeiterverrat der Christlichen jaeln. Die Gewählten legten ihre Ämter nieder. Dieser Vorgang gab aber dem roten Verband zu einer Betriebsversammlung Anlaß. In dieser Versammlung und in seinem Wahzettel sucht Vorkämpfer die Sache so darzustellen, als hätte sich die Direktion einen gewissenhaften Eingriff in die Arbeiterrechte zu Schulden kommen lassen. Die ganze Darstellung Vorkämpfers in der Versammlung und in seinem Wahzettel trost von Schiefheiten und

Entstellungen der Wahrheit. In letzterem zieht er besonders gegen die wahrheitsgemäße Darstellung des Sachverhalts im „Oberschwäbischen Anzeiger“ zu Felde. Darob wurde er aber durch den „Aller Volksboten“ mit folgenden zutreffenden Bemerkungen abgefertigt:

„1. Der Bericht des „Oberschwäbischen Anzeiger“ entspricht vollstän der Wahrheit. 2. Die Versammlung am 28. Februar war keine öffentliche, sondern eine geschlossene Mitglieder-versammlung; zu derselben waren nur uns naheliegende christlich-gemeinte Arbeiter oder einmal früher christlich organisierte Arbeiter eingeladen. 3. Nachdem unserem Vertreter in der Versammlung am 1. März, einberufen vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, obwohl auf der Tagesordnung freie Diskussion stand, das Wort nicht erteilt wurde, trotzdem sogar ein sozialdemokratischer Diskussionsredner diese Handlungsweise der Leitung der Versammlung verurteilte und Herr Vorkämpfer gleich am Anfang der Betriebsversammlung, wo nur Betriebsangelegenheiten zur Sprache kommen sollten, über die christliche Arbeiterbewegung und deren Führer gemeine und unwahre Ansätze machte, forderten die Vertreter der christlichen Arbeiter ihre Leute auf, diese Versammlung zu verlassen, um eine eigene Versammlung abzuhalten. 4. Dieser Aufforderung folgten 18 Arbeiter sofort und nach einer Viertelstunde die anderen nach, sodas wir eine Versammlung mit 42 Leuten abhalten konnten. 5. Diese Versammlung dauerte bis 11 Uhr und waren die beiden Sekretäre bis Schluß der Versammlung anwesend und wurden 12 Neuaufnahmen gemacht.“

Diese Zahl ist inzwischen, dank der eifigen Mitarbeit der Kollegen, auf das dreifache gestiegen. Noch einige solcher Vorkämpferschen Miserevorte, und der letzte uns noch fernstehende Doppelarbeiter weiß, welcher Organisation er sich anzuschließen hat. Wir sind dem „Dachsch“, welches wegen der in Pforzheim erhaltenen Schläge über ein Jahr lang in seiner „Höhle“ ein verächtliches Dasein zu fristen gezwungen war, dankbar für die uns geleistete Hilfe. Wir verzeihen ihm darum auch gern die obligaten Unarten und hoffen, daß er uns noch recht oft mit seinen Diensten zur Verfügung steht.

Unsere Kollegen im Oberland wird der Kampf der Genossen nur immer wieder anspornen, mit allen Kräften für die Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes tätig zu sein. Und so ist's recht. Denn der „Dach“, und sollte er noch so fest beißen wollen, wird dann immer wieder auf Granit beißen!

Briefkasten.

Die Sterbetafel mußte für die nächste Nummer zurückgestellt werden. — Nach Köln, Essen, Nürnberg zc.: Nächste Nummer.

Versammlungskalender.

- Kollegen und Kolleginnen!
Verfümt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
Samstag, den 30. März.
 Hamburg, Abends 9 Uhr bei Schröder, Taktstr. 97.
 Gelsenkirchen-Schalke, Abends 8 Uhr bei Wegener.
 Gelsenkirchen-Neustadt, Abends 8 Uhr im Ruhral-Restaurant.
 Halle a. S., Abends 8.30 Uhr mit Familie bei Schott.
 Dortmund-Lünen, Abends 8.30 Uhr bei Langmann, Blamarktstr.
 Köln-Sumboldt-Kolonie, Abends 9 Uhr bei Guth, Walfstr.
 Köln-Stadt, Abends 9 Uhr im Breitel, Breitelstr.
Sonntag, den 31. März.
 Duisburg-Laar, Morgens 11.30 Uhr bei Janen, Kaiserstr., mit Vortrag über Zunftleben- und Hinterbliebenen-Versicherung.
 Duisburg-Merdingen, Vorm. 11 Uhr bei Schmitz im Parlament.
 Referat zur Stelle.
 Duisburg-Mühlrot, Nachm. 4 Uhr im Confortsaal, Bezirkskartell-versammlung.
 Dülken-Jugendklasse, Vorm. 10.30 Uhr bei Amken.
 Düsseldorf-Ratingen, Morgens 11 Uhr öffentl. Metallarbeiterverf. Alle Erdgeinen.
 Düsseldorf-Rath, Vorm. 11 Uhr bei Kreislager (Schulden).
 Essen-Jugendklasse der Ortsverwaltung, Nachm. 4.30 Uhr im Wrednshaus, Frohshausstr. 19. Ref. Kol. Dietzfelder.
 Essen-Berge-Borbeck, Abends 7.30 Uhr mit Frauen bei Westhoff, Hochstraße.
 Essen-Borbeck-Schubbeck, Vorm. 11 Uhr bei Westhoff.
 Essen-Golterbauern, Vorm. 11 Uhr bei Buchner.
 Essen-Fornier und Wiclerarbeiter, Vorm. 10 Uhr bei Witz, Alendovferstraße 299. Ref. Kol. Klotz.
 Frintrop, Nachm. 5 Uhr bei Manten, Vorstandsversammlung.
 Gelsenkirchen-Wulmke, Nachm. 4 Uhr bei Weidage.
 Karlsruhe, Vorm. 10 Uhr Vorf.- u. Vertrin.-Sitzung, Abrechnung mit dem Ortskassierer.
 Köln-Chrenfeld, Morgens 11 Uhr bei Rordvürser, Replerstr.
 Köln-Bonheim, Morgens 10.30 Uhr bei Klammfug, Reuterstr. 187.
 Köln-Hof-Deumar, Morgens 11 Uhr bei Schmitz, Rörtherstr.
 München, Bezirk Nord, Vorm. 10 Uhr im „Algauer Gd“, Georgenstr. 66.
 Mülheim-Rhein, Abends 8 Uhr mit Frauen bei Redholz.
 Rheim-Dhl, Nachm. 5 Uhr mit Frauen bei Hoffmann.
 Rheim-Vornwinkel, Abends 8 Uhr bei Hoffmann.
 Rheim-Jugendliche, Nachm. 4 Uhr im Wessenhause.
 Reutkirchen, Abends 8 Uhr im „Etern“ bei Schieppi.
 Oer, Abends 8 Uhr bei Bod.
 Stuttgart-Ludwigsburg, Nachm. 4 Uhr bei Weinmann.
 Tammheim und Giltard, Abends 6 Uhr bei Förster „zur Post“.
 Schwelm, Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Bahnhofstr.
Montag, den 1. April.
 Essen-Bauchlöcher, Abends 8.30 Uhr bei Rosen, Alfrediplatz. Fragebogen mitbringen.
Dienstag, den 2. April.
 Essen-Bezirkskartell, Abends 8 Uhr in der Erholung, 2, Hagenstraße 60. Vortrag des Herrn Dr. Benich-M. Glabbad: Die Epochen der deutschen Wirtschaftsgeschichte, mit Lichtbildern.
Freitag, den 5. April.
 Haltern, Jeden 1. Freitag im Monat, abends 8.30 Uhr im Vereinslokal.
Sonntag, den 6. April.
 Berlin-Moabit, Versammlung bei Wabersti, Holzowstr. 36.
 Eisenach, Abends 8.30 Uhr im Weimariischen Hof.
 Freiburg, Jeden 1. und 3. Samstag im Monat, abends 8.30 Uhr im Gantenbräu, Schiffsr. 7.
 Gudenstschid, Abends 8.30 Uhr im Lokale Ernst Diemer.
 Stuttgart, Abends 8.30 Uhr im römischen König.
Montag, den 8. April.
 Köln-Voll, Morgens 11 Uhr bei Rappender, Hauptstr. 28.
 Köln-Vingst, Morgens 11 Uhr bei Pöfetsend, Straubenerstr. 2.
 Köln-Kral, Morgens 11 Uhr bei Griesberg, Uhstr. 8.
 Köln-Kral-Jugendklasse, Morgens 11 Uhr bei Hüngesberg, Breuerstr.
Wredlen.
 Duisburg, Die Geschäftsstelle der Ortsverwaltung befindet sich jetzt Realidulstr. 2.
 Dülken, Unterfügungen werden ausgezahlt Samstags von 12—1 Uhr beim Kassierer Richard Götz, Ostgraben Nr. 14. Krankteilmeldungen sind innerhalb 3 Tagen beim Vorsitzenden Josef Wilmis, Goshstraße Nr. 14 anzubringen.
 Heidelberg, Die Abreise unseres Vorsitzenden und Kassierers ist ab 26. März: F. Wager, Kaiserstr. 66; dafelst werden alle Unterfügungen ausbezahlt.
 Solingen, Unsere Geschäftsstelle und Arbeitsnachweis befinden sich ab 1. April Gahnstraße 12, Telephon Nr. 563, Geschäftstags von 11—1 Uhr und von 6—8 Uhr; Sonntag geschlossen.